

IRAN im DISKURS

Der neue Nahostkonflikt

Europas
strategische
Bewährungsprobe

Europa, Iran und die Frage deutscher Führungsverantwortung



Editorial

Elahe Ramandi

Chefredakteurin, Iran im Diskurs

Spenden Sie für "Iran im Diskurs"

Iran im Diskurs ist mehr als eine Zeitschrift. Sie ist ein unabhängiges Forum für tiefgründige Analysen, authentische Stimmen und differenzierte Perspektiven. Für alle, die den Iran nicht nur beobachten, sondern in seiner ganzen historischen, politischen und gesellschaftlichen Komplexität verstehen wollen.

Wir stehen für inhaltliche Unabhängigkeit, geistige Standhaftigkeit und eine klare Haltung.

Mit Ihrer Spende tragen Sie dazu bei, *Iran im Diskurs* kontinuierlich zu verfassen und zu veröffentlichen. Sie helfen, einen Raum für kritisches Denken, für Sprache mit Haltung und für Stimmen mit Tiefe zu bewahren – gerade in Zeiten, in denen differenzierte Meinungen zunehmend unter Druck geraten.

Mit Ihrer Unterstützung stehen wir stark für Wahrheit und Standhaftigkeit.



irandiskurs

irandiskurs

www.irandiskurs.de

Kurz vor der Veröffentlichung dieser Ausgabe von Iran im Diskurs wurde überraschend bekannt, dass die Trump-Regierung und die Islamische Republik eine Vereinbarung zur Beendigung der Kampfhandlungen erzielt haben. Medienberichten über die Einzelheiten des Abkommens zufolge könnte Teheran Zugang zu Finanzmitteln in Höhe von mindestens 300 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung erhalten. Unabhängig davon, wie Befürworter und Kritiker dieses Abkommen letztlich bewerten werden, könnte es, sofern es Bestand hat, den Beginn einer neuen Phase in den Beziehungen zwischen Iran und dem Westen markieren. Zugleich eröffnet sich damit innerhalb Europas eine grundlegende Debatte darüber, wie Irans wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Zukunft künftig gestaltet werden könnte.

Die Vereinigten Staaten haben signalisiert, dass sie im Falle eines endgültigen Abkommens die Sanktionen gegen die Islamische Republik aufheben würden — darunter Maßnahmen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, Resolutionen des Gouverneursrats der IAEO sowie die einseitigen primären und sekundären Sanktionen Washingtons. Sollte dieser Rahmen Bestand haben, wird die zentrale Frage nicht länger sein, ob westliche Staaten mit dem Iran in Dialog treten.

Die Frage, wie nach dem Krieg mit dem Iran umzugehen ist, ist für Deutschland von sehr großer Bedeutung. Berlin verfügt im Iran über materielles und immaterielles Kapital — einschließlich historisch gewachsener Ressourcen, das vielen anderen westlichen Staaten fehlt. Dazu zählen geschäftliche Erfahrungen im Iran, wirtschaftliche Glaubwürdigkeit, industrielle Kapazitäten, kulturelle Präsenz sowie ein Ruf unter vielen Iranern, der sich deutlich von jenem der USA, Großbritanniens oder Frankreichs unterscheidet und wesentlich positiver ist. Doch dieses Kapital allein ergibt noch keine deutsche Iran-Strategie. Deutschland kann dieses Kapital für eine aktivere europäische Rolle einsetzen — oder ungenutzt lassen, während der Nahe Osten zunehmend von anderen Mächten geprägt wird. In dieser Ausgabe von Iran im Diskurs plädieren wir dafür, Ersteres zu tun. Dafür muss Deutschland ein umfassendes strategisches Konzept für den Umgang mit dem Iran entwickeln. Diese Strategie sollte über die Beziehungen zum gegenwärtigen Regime hinausreichen und ganzheitlich angelegt sein, also die iranische Zivilgesellschaft, wissenschaftliche und kulturelle Potenziale sowie das gesamte Spektrum möglicher Zukunftsszenarien des Landes einbeziehen.

Deutschland steht im Umgang mit dem Iran vor drei miteinander verknüpften Herausforderungen, denen es mit einer solchen aktiven Strategie begegnen und deren Folgen es begrenzen muss:

Erstens läuft Deutschland Gefahr, in einer Region an Einfluss zu verlieren, die zunehmend von den Vereinigten Staaten, Israel, der

Islamischen Republik, den arabischen Staaten der Region, Russland und China geprägt wird. Europa ist bei vielen der drängendsten Fragen des Nahen Ostens inzwischen zu einem Randakteur geworden. Berlin muss sich daher fragen, welche Rolle es in einem Nahen Osten noch spielen will, in dem der europäische Einfluss weiter schwindet, während die Folgen von Teherans Handeln Europa immer unmittelbarer erreichen.

Zweitens ist die Zukunft Irans eine strategische Frage für Europa. Dabei geht es nicht nur um Krieg, Sanktionen oder Nuklearverhandlungen. Zur Debatte steht auch die Zukunft der Islamischen Republik selbst: Wird das bestehende System fortbestehen, wird ein tiefgreifender struktureller Wandel möglich, entsteht eine neue politische Ordnung, oder tritt das Land infolge wachsender innenpolitischer Spannungen und gesellschaftlicher Unzufriedenheit in eine längere Phase der Instabilität bis hin zu einem Bürgerkrieg ein? In jedem dieser Szenarien stellt sich die Frage, wie Deutschland europäische Interessen wahren und vertreten will.

Drittens muss sich Deutschland die Frage stellen, ob es gegenüber Iran über eine kohärente langfristige Strategie verfügt. Zu häufig reagieren Berlin und andere europäische Hauptstädte auf aktuelle Entwicklungen mit formellen Erklärungen, ohne einen politischen Rahmen für die Zukunft zu schaffen oder, sofern erforderlich, eine Strategie für abgestimmtes Handeln mit den Vereinigten Staaten und Israel zu entwickeln. Krisendiplomatie ist notwendig, aber nicht ausreichend. Eine glaubwürdige strategische Politik gegenüber dem Iran muss alle Ebenen der Sicherheitsplanung umfassen, einschließlich militärischer Handlungsoptionen als letztes Mittel, falls dies erforderlich werden sollte.

Der Krieg der Vereinigten Staaten und Israels gegen Iran sollte Deutschland dazu veranlassen, seine Rolle in einem sich wandelnden Nahen Osten neu zu überdenken und sich zu fragen, ob seine Außenpolitik in einer Zeit verschärfter geopolitischer Konkurrenz weiterhin wirksam sein kann. Die entscheidende Frage ist nicht, welche Seite diese Auseinandersetzung für sich entscheidet, sondern ob Berlin über eine klare Strategie für die politischen Folgen der neuen regionalen Ordnung verfügt, die sich infolge dieses Krieges nun abzeichnet.

Damit kommen wir zu den laufenden Verhandlungen mit Iran. Die fragile Lage könnte Spielraum für Wiederaufbau, Investitionen und eine erneuerte Diplomatie eröffnen. Sie beantwortet jedoch nicht die grundlegenden Fragen, die in dieser Ausgabe von Iran im Diskurs behandelt werden: die Zukunft der Islamischen Republik, die Sicherheit Europas, die Verwundbarkeit globaler Seewege, die Stellung der iranischen Zivilgesellschaft sowie die Rolle, die Deutschland in der Region spielen will.

Für Deutschland und Europa besteht die Aufgabe daher nicht allein darin, eine Deeskalation zu begrüßen, sondern auch darin, zu klären, welche politische Ordnung sie danach mitgestalten wollen.

Diese Ausgabe eröffnet mit einem Beitrag zur deutschen Zeitenwende sowie zu Wesen und Zweck deutscher Macht. Deutschlands Wiederaufrüstung, die Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der erklärte Anspruch, mehr Verantwortung für die europäische Sicherheit zu übernehmen, haben die strategische Position des Landes verändert. Doch am Fall Iran zeigen sich die Grenzen eines solchen Wandels, wenn er sich vor allem über Budgets und abstrakte Fähigkeiten definiert. Wenn Berlin eine größere Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik beansprucht, muss es zugleich klären, wo es zu handeln bereit ist, wie es seine Interessen definiert und ob es über rhetorische Kritik hinauszugehen vermag, wenn es einem Staat gegenübersteht, der regionale Druckpolitik, innenpolitische Repression, Druck auf die maritime Sicherheit, Raketenentwicklung und transnationale Stellvertreteroperationen miteinander verbindet. Der Fall Iran ist damit einer der deutlichsten Prüfsteine der deutschen Zeitenwende.

Der zweite Beitrag untersucht die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus einem politischen Wandel in Iran ergeben könnten. Für Europa sollte die Zukunft Irans nicht allein als Frage kurzfristigen Krisenmanagements betrachtet werden. Vielmehr geht es auch um langfristige Investitionen in die Perspektive eines stabilen Iran, das Europa Zugang zu einem großen und gut ausgebildeten Markt, zu industrieller Zusammenarbeit, zu einer diversifizierten Energieversorgung, zu Wiederaufbau und Investitionen, zu technologischem Austausch sowie zu einer stärkeren internationalen Einbindung Irans eröffnen könnte.

Ein offeneres und stabileres Iran könnte erhebliche Chancen für europäisches Wirtschaftswachstum und die deutsche Industrie schaffen. Diese Chancen sollten jedoch nicht als selbstverständlich gelten. Wirtschaftliche Zusammenarbeit ohne politische Weitsicht

und strategische Umsicht birgt die Gefahr, dieselben Fehlentscheidungen zu wiederholen, deren Folgen Europa im Umgang mit dem klerikalen Regime in Teheran heute bereut.

Der dritte Beitrag widmet sich der strategischen Entscheidung, vor der Europa und insbesondere Deutschland stehen, sowie der geopolitischen Bedeutung der Straße von Hormus. Die Zukunft Irans kann nicht länger als fernes Problem behandelt werden, das jenseits unmittelbarer europäischer Interessen liegt. Iran liegt an der Schnittstelle von Nahem Osten, Persischem Golf, Kaukasus und Zentralasien. Zugleich ist das Land über Energiemärkte, maritime Handelsrouten, Migrationsbewegungen, Sanktionsregime, Cyberbedrohungen sowie den geopolitischen Wettbewerb zwischen den Vereinigten Staaten, Russland und China eng mit Europa verknüpft.

Die jüngsten Entwicklungen in der Straße von Hormus haben diese Zusammenhänge mit besonderer Deutlichkeit sichtbar gemacht. Eine schmale Wasserstraße kann erhebliche Auswirkungen auf globale Energiepreise, die Inflation in Europa, internationale Lieferketten und die politische Stabilität weit über den Persischen Golf hinaus haben.

Die entscheidende Frage für Berlin lautet daher nicht, ob Deutschland in dieser Region Interessen hat, sondern ob es die notwendigen Instrumente und das strategische Selbstverständnis entwickelt hat, um diese Interessen gegenüber Teherans konfrontativem Kurs zu verteidigen. Teheran sollte Deutschland als Partner sehen — allerdings als einen ernst zu nehmenden Partner, der seine Interessen behaupten kann und, wenn nötig, als europäische Macht entsprechend handelt, statt sich durch Geiseldiplomatie oder andere Formen feindlicher Einflussnahme einschüchtern zu lassen.

Der vierte Beitrag befasst sich mit den sicherheitspolitischen Bedrohungen, die von Iran in Europa ausgehen. Die Politik gegenüber Iran darf nicht auf die Nuklearfrage, wiederkehrende Krisen im Persischen Golf oder die Aktivitäten iranischer Stellvertretergruppen in der Region reduziert werden. Sie umfasst ebenso Geheimdienstaktivitäten, die Überwachung und Einschüchterung von Diasporagemeinschaften, verdeckte Beschaffungsnetzwerke, Cyberoperationen, Desinformationskampagnen, Geiselnahmen sowie grenzüberschreitend operierende Netzwerke in Europa.

Es handelt sich dabei nicht um isolierte Phänomene, sondern um Elemente einer umfassenderen hybriden Bedrohung, die von Deutschland und seinen europäischen Partnern eine gut vorbereitete und entschlossene Politik gegenüber Teheran verlangt. Einem Staat, der bereit ist, Zwang und Einflussnahme bis tief nach Europa hineinzutragen, kann nicht allein mit Besorgnisbekundungen, punktuellen Sanktionen oder der Hoffnung begegnet werden, wirtschaftliche Zusammenarbeit werde das Regime mäßigen.

Der abschließende Beitrag mit dem Titel „Waffenstillstand ohne Versöhnung“ vertritt die Auffassung, dass Deutschland den Waffenstillstand zwischen den Vereinigten Staaten und Iran zunächst als fragile Deeskalation und nicht als dauerhaften Frieden begreifen sollte. Zwar eröffnet das Abkommen gewisse kurzfristige wirtschaftliche Chancen, doch machen Teherans Politik in der Region, die Kontrolle weiter Teile der Wirtschaft durch die Islamischen Revolutionsgarden (IRGC), die sicherheitspolitischen Risiken für Europa sowie die Möglichkeit einer erneuten Verhängung von Sanktionen eine verfrühte Normalisierung der Beziehungen riskant. Deutschland sollte eine Deeskalation daher unterstützen, jede Form der Annäherung jedoch an klare Bedingungen und überprüfbare Veränderungen knüpfen.

E. Ramandi





Inhaltsverzeichnis

8

M. Mahdi Amiri, Ph.D

**Iran: Ein Versuchsgelände für Deutschlands
Zeitenwende**

17

Dr. Ardavan M. Khoshnood

**Iran: Sicherheitslage nach dem Israel–USA-Krieg –
Warum Europa an Bedeutung gewinnt**

28

Reza Ahmadi

**Warum der Fall der Islamischen Republik zum
Wirtschaftswachstum in Europa und dem Westen
beitragen könnte**

36

Mahmoudreza Momeni, Ph.D

**Dauerhafte Sicherheit in der Straße von Hormus:
Sicherheit für Europa**

Warum Europa und Deutschland vor einer strategischen Entscheidung stehen?

46

Elahe Ramandi

Waffenstillstand ohne Versöhnung

*Warum Deutschland ein mögliches Abkommen zwischen den USA und der
Islamischen Republik nicht als strategischen Durchbruch missverstehen sollte*

Impressum

»Iran im Diskurs« wird vom Verein
Iranische Liberale Frauen e.V.
herausgegeben.

ISSN 3052-5829

Chefredakteurin:

Elahe Ramandi

Redaktionsberater:

Dr. Ardavan M. Khoshnood
M. Mahdi Amiri, Ph.D
Dr. Nima Chasemi

Übersetzerinnen:

Jannis De Grandi
Haleh Hosseini Ramandi

Layout & Gestaltung:

Mohsen Hadavi

Kontakt:

<https://irandiskurs.de/>
info@irandiskurs.de

Iran:

Ein Versuchsgelände für Deutschlands *Zeitenwende*



M. Mahdi Amiri, PhD Political Science,

geboren im US-Bundesstaat Missouri, absolvierte sein Grundstudium in Chicago und erlangte später seinen Bachelor-Abschluss in Politikwissenschaft an der Allameh-Tabataba'i-Universität in Teheran. An der Tarbiat-Modares-Universität schloss er sein Masterstudium im Bereich „Politisches Denken im Islam und im Westen“ ab. Nach den politischen Unruhen im Jahr 2009 erhielt er ein Vollstipendium von der University of Texas und erwarb dort seinen zweiten Masterabschluss in Politikwissenschaft. Schließlich promovierte er im Jahr 2023 an der University of North Texas in Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politik und politisches Denken. An der University of Texas war er ein enger Schüler von Richard Ruderman und Steven Forde – beide Assistenten und Schüler von Allan Bloom – und studierte bei ihnen die grundlegenden Werke des westlichen politischen Denkens. Im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft erlernte er die Theorien des Bürgerkriegs bei David Mason, einem der führenden Experten für Bürgerkrieg in den USA. Die Forschungsinteressen von Dr. Amiri umfassen das vergleichende politische Denken, die politische Philosophie Machiavellis, Studien zur politischen Korruption sowie Theorien über Bürgerkrieg und politische Gewalt.



Deutschlands Zeitenwende und eine neue strategische Ausrichtung

„Es ist klar, dass wir deutlich mehr investieren müssen in die Sicherheit unseres Landes, um unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen. Das ist eine große nationale Kraftanstrengung. Ziel ist eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr, die uns verlässlich schützt.“

— Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz, 27. Februar 2022, Berlin

Der Begriff Zeitenwende ist ein zentrales Konzept dieses Artikels und prägt zugleich die aktuellen Debatten über Deutschlands wachsende sicherheitspolitische Rolle. Deshalb ist es wichtig, ihn hier kurz zu definieren. Das Konzept geht ursprünglich auf die Rede des damaligen Bundeskanzlers Olaf Scholz im Februar 2022 nach Russlands Angriff auf die Ukraine zurück, in der er erklärte, Deutschland befinde sich an einem historischen Wendepunkt seiner Außen- und Verteidigungspolitik. In dieser Rede kündigte der Kanzler eine Erhöhung der Militärausgaben an, um 2% des deutschen BIP zu erreichen. Die richtungsweisende Rede wurde durch die deutsche Nationale Sicherheitsstrategie von 2023 weiter institutionell verankert.¹ ² Zusammen skizzieren sie eine Strategie, Deutschlands Rolle in der internationalen Sicherheit auszubauen und über die begrenzten und „schuldbehafteten“ Annahmen der Ära nach dem Kalten Krieg hinauszugehen. Gleichzeitig versteht die Nationale Sicherheitsstrategie diesen Wandel nicht nur als militärische Transformation, sondern auch als wertegeleitetes Projekt, indem sie Deutschlands Verpflichtung bekräftigt, „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, menschliche Entwicklung und Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen als Voraussetzung für nachhaltige Sicherheit“ zu fördern.

Deutschlands Wiederaufrüstung und die Grenzen der Zeitenwende

Deutschlands Verteidigungsausgaben gehören seit Russlands Invasion in die Ukraine im Jahr 2022 zu den größten strategischen Wandlungen in Europa. Deutschland hat sich von jahrzehntelanger militärischer Zurückhaltung auf

einen Weg rascher Wiederaufrüstung begeben. Historisch gab Deutschland nach dem Kalten Krieg über Jahre hinweg nur etwa 1,1 bis 1,5% des BIP für Verteidigung aus, erreichte aber 2024 erstmals seit Jahrzehnten wieder den alten NATO-Richtwert von 2% des BIP. Im Jahr 2025 ging das Land sogar über diesen Maßstab hinaus; das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) bezifferte die Ausgaben für 2025 auf 2,3% des BIP bzw. 114 Milliarden US-Dollar.³ Ein Teil dieses Anstiegs wird auf Russlands aggressive Politik in den letzten Jahren zurückgeführt, doch auch die USA fordern seit Langem eine Neuausrichtung der deutschen Verteidigungsausgaben und der sicherheitspolitischen Ausrichtung und gingen sogar so weit, von Deutschland zu verlangen, mindestens 5% des BIP für Verteidigung auszugeben.⁴

Die Vereinigten Staaten wollen nicht bloß, dass Deutschland mehr für Verteidigung ausgibt. Tatsächlich erwarten sie von Deutschland, mehr Verantwortung zu übernehmen und einen größeren Anteil an Europas Sicherheitslast zu tragen, indem es echte militärische Fähigkeiten aufbaut, die sich in der Praxis auch tatsächlich einsetzen lassen. Das übergeordnete Ziel der USA war stets, dass Berlin eine strategisch bedeutendere Verteidigungsrolle übernimmt, während Washington seinen Fokus zunehmend auf China und den Indopazifik verlagert. Es möchte, dass Deutschland und Europa mehr Verantwortung für die Abschreckung Russlands übernehmen und ihre Abhängigkeit vom amerikanischen Militärschutz verringern. Washington hat zudem seine Frustration zum Ausdruck gebracht, dass der NATO, einschließlich Deutschland, der Wille oder die Fähigkeit fehlt, sich an konkreten militärischen Einsätzen an der Seite der USA zu beteiligen, etwa gegenüber

Iran oder in der aktuellen Krise in der Straße von Hormus.⁵

Doch die Erwartungen Washingtons haben für beide Seiten eine unbeabsichtigte langfristige Folge: Größere militärische Eigenständigkeit kann allmählich auch größere politische Eigenständigkeit und mehr Entscheidungsspielraum auf deutscher Seite hervorbringen. Ein Deutschland, das weniger von amerikanischer Macht abhängig ist, könnte seine Interessen zunehmend durch eine deutsche oder europäische, statt ausschließlich transatlantische strategische Perspektive definieren. Dennoch sendet Deutschland bislang widersprüchliche und unklare Signale darüber, wie es eine aktivere außen- und sicherheitspolitische Rolle wahrnehmen will. Am deutlichsten zeigt sich das in den anhaltenden Spannungen mit Iran. Deutschland hat sich entschieden, im Konflikt am Rand zu stehen, verfügt aber zugleich über keine kohärente Position dazu, wie mit einem bedrohlichen Akteur wie Iran umzugehen ist, der seine eigenen Bürger tötet und die Existenz Israels bedroht, obwohl Deutschlands Nationale Sicherheitsstrategie festhält, dass seine Verantwortung für das Existenzrecht Israels eine dauerhafte Verpflichtung für uns bleibt.⁶

Die Iran-Frage und Deutschlands strategische Prioritäten

Eines der deutlichsten Beispiele für eine unabhängige, aber zugleich äußerst mehrdeutige deutsche Politik ist Berlins Position gegenüber Iran. Das jüngste Beispiel ist die kritische Position von Bundeskanzler Friedrich Merz im US-/Israel-Konflikt mit Iran. Während des jüngsten Konflikts zwischen den Vereinigten Staaten, Israel und Iran kritisierte Bundeskanzler Friedrich Merz den amerikanischen Ansatz öffentlich mit ungewöhnlich klaren Worten. Merz argumentierte, Irans Führung demütige die Vereinigten Staaten, indem sie amerikanische Vertreter zwingt, nach Pakistan zu reisen, ohne diplomatische Fortschritte zu erzielen. Mehr noch: Er stellte Washingtons Iran-Politik offen infrage und erklärte, er könne in dem Konflikt keine klare amerikanische Exit-Strategie erkennen.

Die Äußerungen von Merz sollten nicht als Einzelfall betrachtet werden, sondern

offenbaren Spannungen, die über Iran selbst hinausgehen und breitere Meinungsverschiedenheiten widerspiegeln, die bereits im transatlantischen Verhältnis hinsichtlich der Ukraine und der Lastenteilung im Bündnis sichtbar sind. Dennoch sollte Berlins Abweichung von Washington nicht als Antiamerikanismus verstanden werden, sondern eher als Ausdruck eigenständiger strategischer Prioritäten Deutschlands auf der internationalen Bühne — Prioritäten, die noch deutlicher hervortreten dürften, wenn Deutschland eine unabhängigere Rolle innerhalb der NATO übernimmt. Einige dieser abweichenden Strategien sind die folgenden:

Erstens bleiben Deutschlands Sicherheitsbedenken überwiegend europäischer Natur und konzentrieren sich auf Russland, Osteuropa und die Stabilität des Kontinents statt auf langwierige Militäreinsätze im Nahen Osten.

Zweitens hat Deutschland historisch umfangreiche Handelsbeziehungen mit Iran unterhalten und Engagement oft als besseren Weg im Umgang mit der Islamischen Republik betrachtet, obwohl ein solches Engagement an den radikalen Positionen der Islamischen Republik faktisch nie etwas verändert hat.

Drittens bleibt das deutsche Wirtschaftsmodell hochsensibel gegenüber Störungen auf den globalen



¹ <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/National-Security-Strategy-EN.pdf>

² <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf>

³ SIPRI. 2026. "Global military spending rise continues as European and Asian expenditures surge."

⁴ <https://www.dw.com/en/germany-trumps-5-nato-demand-too-costly-scholz-says/a-71289250>

⁵ <https://time.com/article/2026/03/17/trump-iran-war-nato-allies-strait-of-hormuz/>

⁶ German Federal Government. 2023. *Robust. Resilient. Sustainable. Integrated Security for Germany: National Security Strategy*. Berlin: Federal Government of Germany. <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/National-Security-Strategy-EN.pdf>

Energiemärkten. Instabilität rund um den Persischen Golf und die Straße von Hormus verursacht direkte Kosten für die deutsche Wirtschaft — über Energiepreise und industrielle Lieferketten; eine Sorge, die Merz selbst während des Konflikts ansprach, als er sagte, der Konflikt koste Deutschland viel Geld, erhebliche Steuereinnahmen und schädige die Wirtschaftskraft. Dabei gilt zusätzlich: Ein Staat, der eine widerstandsfähigere Sicherheitsordnung erreichen will, sollte auch kurzfristigen Preissteigerungen in gewissem Maße widerstehen können.

Schließlich bleibt Deutschlands politische Kultur der Nachkriegszeit in Fragen militärischer Intervention vorsichtiger als die der USA und bevorzugt Diplomatie gegenüber direkter militärischer Beteiligung. Diese Unterschiede bedeuten nicht zwangsläufig, dass Deutschland auf Kollisionskurs mit den Vereinigten Staaten ist, deuten aber darauf hin, dass ein militärisch stärkeres Deutschland auch strategisch unabhängiger werden könnte — selbst wenn es seine neue sicherheitspolitische Rolle bislang nicht über rhetorische Aussagen hinaus artikulieren kann.

Washington kritisieren ohne tragfähige Strategie

„ Deutschland verdankt seine Sicherheit sowie den Frieden im Herzen Europas den Vereinigten Staaten von Amerika und unseren europäischen Nachbarn.

— *Deutsche Nationale Sicherheitsstrategie, 2023*

Deutschland mag seine Wertschätzung gegenüber den USA ausdrücken, will aber nie wirklich über Worte hinausgehen und konkret handeln. Das zeigt sich besonders im Umgang mit Iran. Die deutsche Iran-Politik scheint oft weniger von strategischen Zielen bestimmt zu sein als vielmehr von einer Ablehnung jeder Form von Eskalation an sich. Berlin hat sogar vermieden, entschieden auf eine Einstufung der IRGC als Terrororganisation hinzuwirken. Deutschlands Politik wirkt

häufig klarer in dem, was sie ablehnt, als in dem, was sie vorschlägt. Diplomatie und Deeskalation werden oft als Ziele an sich präsentiert, statt als Teil einer umfassenderen Strategie mit klar definierten Maßstäben, Konsequenzen oder einer klaren Zielsetzung.

Die Frage bleibt: Wenn Deutschland die US-Politik gegenüber Iran ablehnt, einschließlich militärischer Konfrontation mit einem kriegesischen Regime, das aktiv ein gefährliches Nuklear- und ballistisches Raketenprogramm verfolgt, was genau ist dann Berlins langfristiges Ziel gegenüber einem solchen Regime? Erschwerend kommt hinzu, dass Iran weiterhin innerstaatlichen Dissens unterdrückt, regionale Proxy-Netzwerke ausbaut und wiederholten Runden ernsthafter Verhandlungen standhält. Deutschland bleibt gegenüber der Islamischen Republik kritisch, formuliert aber nur selten eine umfassende Strategie für den Umgang mit Irans fortwährend aggressivem Verhalten.

Die Mehrdeutigkeit deutscher Außenpolitik wird besonders im Zusammenhang mit der Krise in der Straße von Hormus sichtbar. Deutschlands Vorsicht gegenüber einer Konfrontation mit Iran ist nicht nur von einer langjährigen Präferenz für Diplomatie und regionale Stabilität geprägt, sondern wurzelt auch in strategischen Verwundbarkeiten. Störungen im Persischen Golf bedrohen Energiemärkte, Lieferketten und die breitere wirtschaftliche Stabilität Europas. Doch daraus ergibt sich ein strategischer Widerspruch: Berlin strebt zunehmend nach größerer Unabhängigkeit von Washington und nach einer stärkeren geopolitischen Rolle Europas, bleibt dabei aber offenbar wirtschaftlich anfällig für Instabilität in einer der volatilsten Regionen der Welt.

Deutschlands passive Haltung gegenüber dem Islamischen Regime ist besonders fragwürdig, wenn man bedenkt, dass sich Deutschlands Energieversorgung seit der Invasion in die Ukraine drastisch verändert hat: Weder aus Iran noch aus

Russland kommen Öl oder Gas, und über 90%⁷ seiner direkten LNG-Importe stammen aus den Vereinigten Staaten. Noch interessanter sind Deutschlands Ölimporte. Deutschlands Ölversorgung ist stärker diversifiziert als seine Gasversorgung. Zu den jüngsten Hauptlieferanten gehören mehr als dreißig Länder, die Rohöl nach Deutschland exportieren, darunter Norwegen, die Vereinigten Staaten, Kasachstan, Libyen, das Vereinigte Königreich sowie kleinere Mengen von Lieferanten aus dem Nahen Osten.⁸

Deutschland mag strategische Unabhängigkeit anstreben, doch die Ereignisse rund um Iran zeigen, dass Unabhängigkeit ohne kohärente Strategie zur reaktiven statt zur führenden Haltung zu werden droht. Amerikanische Politik zu kritisieren ist leichter, als sie durch eine alternative Vision zu ersetzen.

Eine lauwarne Zeitenwende: Ein stärkeres Deutschland, ein unverändertes Denken?

Deutschlands militärischer Wandel wirft eine weitergehende Frage auf, die über die gesteigerte Produktion von Munition oder die Entwicklung militärischer Systeme hinausgeht: Kann sich das strategische Denken Deutschlands ebenso schnell verändern wie der Ausbau der Verteidigung?

Seit der Zeitenwende hat sich Berlin zu einer substanziellen Erhöhung der Militärausgaben verpflichtet, doch mehrere deutsche Denkfabriken und politische Institute haben auf ein wiederkehrendes Problem hingewiesen: Materielle Erneuerung führt nicht automatisch zu strategischer Erneuerung. So beschreibt etwa Marina Henke⁹ — Direktorin des Centre for International Security und Professorin

für Internationale Beziehungen an der Hertie School — Deutschlands neue außenpolitische Strategie als „weniger eine tatsächliche Strategie als vielmehr eine Wunschliste von Zielen“. Die Herausforderung besteht nicht einfach darin, mehr militärische Kapazitäten aufzubauen, sondern materielle Fähigkeiten in einen kohärenten strategischen Rahmen mit klaren Prioritäten und politischen Zielen zu übersetzen. In deutschen politiknahen Debatten wächst die Sorge, dass institutionelle Anpassung, strategische Kultur und politische Entscheidungsprozesse sich nicht zwangsläufig im gleichen Tempo entwickelt haben wie die Verteidigungsausgaben.

Deutschlands außenpolitische Kultur der Nachkriegszeit entwickelte sich um eine Präferenz für wirtschaftliches Engagement, multilaterale Institutionen und Zurückhaltung gegenüber militärischen Mitteln. Diese Annahmen waren nicht bloß politische Entscheidungen, sondern wurden Teil des übergeordneten strategischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik. Wiederaufrüstung kann Fähigkeiten schneller verändern als die strategischen Gewohnheiten, die die deutsche Politik über Jahrzehnte geprägt haben. Deutschland könnte daher in ein Paradox geraten: militärisch stärker werden, zugleich aber politisch zurückhaltend bleiben. Diese Spannung wird im Fall Iran besonders deutlich. Berlins Reaktion spiegelt oft die Instinkte von Deutschlands traditioneller strategischer Kultur wider: Unterstützung für Diplomatie, Sorge vor Eskalation und Zurückhaltung gegenüber militärischem Druck — auch aufgrund hoher Sensibilität gegenüber wirtschaftlichen Kosten.

Wenn die Zeitenwende auf der Annahme beruht, dass sich die internationale Ordnung grundlegend verändert hat, dann stellt der Fall Iran Berlin eine unangenehme Frage: Wenn ein Regime, das mit Nuklear- und Raketenentwicklung, Stellvertreter- und Religionskriegen, Terrorismus, maritimen Bedrohungen, regionaler Destabilisierung sowie massiven Menschenrechtsverletzungen und Massenmord in Verbindung gebracht wird, immer noch keine konkretere deutsche sicherheitspolitische Haltung hervorruft — unter welchen Bedingungen wäre ein stärkeres Deutschland dann tatsächlich bereit, Macht auszuüben? Wiederaufrüstung erweitert letztlich nicht nur Fähigkeiten, sondern auch Erwartungen.

⁷ https://www.bdew.de/media/documents/Die_Energieversorgung_2025.pdf

⁸ <https://www.cleanenergywire.org/factsheets/germany-eu-remain-heavily-dependent-imported-fossil-fuels>

⁹ <https://www.hertie-school.org/en/who-we-are/profile/person/henke>

Ob europäisch oder atlantisch betrachtet: Deutschlands Iran-Politik ergibt weiterhin keinen Sinn

Deutschlands Sicherheitsdilemma verweist auf eine größere geopolitische Frage: Zu welcher Art von Macht wird Deutschland? Über Jahrzehnte agierte Berlin weitgehend innerhalb eines atlantischen Rahmens, in dem sicherheitspolitische Verantwortung von amerikanischer Macht ausging, während Deutschland sich auf wirtschaftliche Führung und europäische Integration konzentrierte. Wiederaufrüstung verändert jedoch schrittweise die politische Logik dieser Beziehung. Ein Deutschland, das zu größerer militärischer Verantwortung fähig ist, könnte auch beginnen, Interessen und strategische Präferenzen zu entwickeln, die nicht immer vollständig mit Washington übereinstimmen. Die Frage ist nicht, ob Deutschland ein Verbündeter der USA bleibt — das wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit — sondern ob Berlin zunehmend als europäisches strategisches Zentrum mit Prioritäten handelt, die sich von denen der Vereinigten Staaten unterscheiden.

Iran liefert ein aufschlussreiches Beispiel. Für Washington erscheint Iran oft innerhalb eines breiteren Rahmens globaler Konkurrenz, Abschreckung und sicherheitspolitischer Verpflichtungen, die sich vom Nahen Osten bis in den Indopazifik erstrecken. Deutschland hingegen bewertet Krisen eher durch eine europäische Brille: wirtschaftliche Stabilität, Risiken regionaler Spillover-Effekte, Störungen der Energieversorgung, Migrationsdruck und Auswirkungen auf die Sicherheit des Kontinents.

Doch unabhängig davon, ob Deutschland sich letztlich als eigenständigere europäische Macht oder als stärkerer atlantischer Verbündeter der Vereinigten Staaten versteht, legt der Iran-Fall dasselbe ungelöste Problem offen: strategische Verwirrung und Unklarheit.

Keiner der beiden Rahmen erklärt vollständig Berlins anhaltende Weigerung, eine eindeutige Doktrin gegenüber einem Staat (Iran) zu formulieren, den es gleichzeitig als destabilisierend, repressiv und bedrohlich für Weltfrieden und internationale Sicherheit kritisiert. Die Frage lautet daher nicht mehr, ob Deutschland mächtiger, europazentrierter oder stärker mit den USA abgestimmt werden wird, sondern ob Berlin strategische Klarheit gegenüber Iran als wichtigstem Förderer von Staatsterrorismus entwickeln wird.

Iran als Test der deutschen Zeitenwende

Iran legt letztlich eine tiefere Unsicherheit im Zentrum von DeutschlandssichwandelnderAußenpolitikoffen. Die Debatte um die Zeitenwende konzentrierte sich bislang vor allem auf Haushalte, militärische Beschaffung und Lastenteilung innerhalb der NATO. Weit weniger Aufmerksamkeit erhielt jedoch eine schwierigere Frage: Wo und unter welchen Bedingungen Deutschland tatsächlich bereit ist, Macht auszuüben. Kaum ein gegenwärtiger Fall vereint so viele Sicherheitsprobleme wie der Fall Iran. Berlin selbst hat Teheran wiederholt kritisiert¹⁰ — wegen innerstaatlicher Repression, Hinrichtungen, Unterstützung regionaler Stellvertreter, ballistischer Raketenaktivität, Bedrohungen der Schifffahrt und allgemein destabilisierenden Verhaltens im Nahen Osten. Deutschlands Bundeskanzler ging sogar so weit, Israels Angriffe auf Iran zu verteidigen, und sagte, es sei die „Drecksarbeit, die Israel für uns alle macht“.

Trotzdem blieb Deutschlands Reaktion, obwohl es Iran in der Sprache von Bedrohung und Besorgnis beschreibt, weitgehend auf Diplomatie, Sanktionen und rhetorische Verurteilung beschränkt. Wie bei der Zeitenwende selbst wirft der Fall Iran daher eine größere Frage über die künftige Rolle eines mächtigeren Deutschlands auf. Iran ist geografisch weit von Europa entfernt, politisch isoliert, wirtschaftlich geschwächt und steht bereits unter anhaltendem Druck durch Israel und die Vereinigten Staaten. Dennoch hat Berlin selbst unter diesen Bedingungen wenig Bereitschaft gezeigt, eine aktivere Sicherheitsrolle zu definieren oder einen breiteren strategischen Rahmen über Deeskalation und diplomatisches Engagement hinaus zu formulieren. Wenn Iran mit seiner Kombination aus Ambitionen Nuklearwaffen herzustellen, regionaler Instabilität, maritimen Implikationen und weiteren böswilligen Handlungen nicht zu einem Fall für ein konkreteres deutsches strategisches Engagement wird — wo genau würde ein stärkeres Deutschland dann den Einsatz seiner wachsenden Fähigkeiten sehen? Wiederaufrüstung erzeugt letztlich nicht nur Erwartungen an größere Macht, sondern auch an größere strategische Bestimmtheit. Ohne diese Bestimmtheit droht militärische Expansion Fähigkeiten hervorzubringen, deren politischer Zweck unklar bleibt.

Verzögerung hat ihren Preis

Geopolitischer Wettbewerb — besonders in einer sensiblen Region wie dem Persischen Golf — pausiert nicht, während Deutschland über die Bedeutung der *Zeitenwende* debattiert. Irans nukleare Ambitionen schreiten weiter voran, Teherans regionale Proxy-Netzwerke bleiben aktiv, die Bedrohung der Schifffahrt im Persischen Golf hält an, und Russland sowie China kooperieren zunehmend mit Teheran auf eine Art und Weise, die über den Nahen Osten hinausreicht und auch die Nutzung iranischer Drohnenkapazitäten in der Ukraine einschließt. Deutschland mag noch darüber entscheiden, ob seine Zukunft primär in einem atlantischen Rahmen oder in einer eigenständigeren europäischen Rolle liegt, doch



internationale Krisen warten selten darauf, dass strategische Orientierungen ausreifen. Die Kosten dieser Mehrdeutigkeit sind für Deutschland daher nicht bloß konzeptioneller Natur; vielmehr riskiert Berlin, als eine weitere europäische Nation in Erinnerung zu bleiben, die schwierige strategische Entscheidungen hinauszögerte — in der Hoffnung, dass Engagement und Zurückhaltung autoritäre Akteure mäßigen könnten — nur um später zu erkennen, dass der Zeitpunkt bedeutenden Einflusses bereits verstrichen ist.

Von der Zeitenwende zur Strategie: Einige politische Empfehlungen zu Iran

1. Eine formelle Iran-Strategie mit klaren Zielen verfassen.

Deutschland hat bereits einen detaillierten strategischen Rahmen zu China vorgelegt, der Sicherheit, Wirtschaft und geopolitische Risiken in einem strategischen Gesamtzusammenhang betrachtet. Ein ähnliches Strategiepapier zu Iran mit formulierten Zielen, Maßstäben und sicherheitspolitischen Prioritäten würde helfen, Berlins derzeit reaktive Haltung durch einen kohärenteren

langfristigen Ansatz gegenüber der Islamischen Republik zu ersetzen.

2. Deutsche und europäische maritime Sicherheitspräsenz in der Straße von Hormus ausbauen.

Wenn Deutschland eine größere Rolle in der internationalen Sicherheit anstrebt und zugleich seine strategischen Fähigkeiten demonstrieren will, dann ist die maritime Sicherheit eines der wichtigsten Felder praktischen Einsatzes. Rund ein Fünftel des weltweiten Ölverbrauchs passiert die Straße von Hormus, was Störungen dort zu einer direkten Herausforderung für Europas wirtschaftliche Stabilität macht. Deutschland sollte die Marinekooperation mit NATO-Verbündeten, den Vereinigten Staaten und europäischen Partnern ausweiten, insbesondere bei Minenräumung im Persischen Golf, Seeüberwachung, Missionen zur Sicherung der Freiheit der Schifffahrt und regionalen Abschreckungsinitiativen. **Ein Deutschland, das eine größere Sicherheitsrolle anstrebt, kann nicht an einer der strategisch wichtigsten Wasserstraßen der Welt abwesend bleiben.**

3. Die Einstufung der IRGC als Terrororganisation unterstützen und durchsetzen.

Am 29. Januar 2026 entschied der Europäische Rat formell, die Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) in die EU-Terrorliste aufzunehmen. Deutschland hat in der Vergangenheit einen vorsichtigen europäischen Ansatz unterstützt und über Jahre hinweg nicht energisch auf stärkere EU-Maßnahmen gegen die IRGC gedrängt. Daher sollte Deutschland die jüngste Einstufung der IRGC nicht als Konsequenz seiner Iran-Politik behandeln, sondern als ihren Ausgangspunkt. Die formelle Einstufung hat rechtliche und finanzielle Folgen, doch sie allein stellt noch keine Strategie dar. Berlin sollte stärkere Maßnahmen zur Durchsetzung des Verbots unterstützen, die auf operative, finanzielle und transnationale Netzwerke im Zusammenhang mit der IRGC zielen, und klarstellen, wie diese Maßnahmen in einen umfassenderen, langfristigen Ansatz gegenüber Iran passen.

4. Über bloße Finanzierung hinausgehen: Iranische demokratische Formationen führen und organisieren.

Deutschlands Beziehungen zur iranischen Zivilgesellschaft und zu Diaspora-Gemeinschaften beschränken sich fast ausschließlich auf die Förderung von Menschenrechten und Informationsinitiativen, die zwar aufklärend sind, aber selten zu strategischen Beziehungen mit Gruppen führen, die Deutschlands Interessen — besonders in einem

10 <https://www.politico.eu/newsletter/berlin-bulletin/merzs-dirty-work/>





die deutsche Botschaft in Teheran.

zukünftigen Iran — tragen können. Berlin sollte sich nicht darauf beschränken, lediglich Mittel bereitzustellen, sondern beginnen, demokratische Netzwerke im Iran und in der Diaspora als strategische Investition zu behandeln, bei der Deutschland die Führung übernimmt. Als größte Volkswirtschaft Europas und als Land, das durch die Zeitenwende eine größere geopolitische Rolle anstrebt, sollte Deutschland eine aktivere Führungsrolle übernehmen: fragmentierte Oppositionsgruppen koordinieren, politischen Nachwuchs fördern, institutionelle Vernetzung unterstützen und Plattformen schaffen, die isolierte Akteure zu einer kohärenteren politischen Gemeinschaft zusammenführen. Ein solcher Ansatz dient nicht nur moralischen Zielen, sondern auch konkreten deutschen Interessen. Ein stabiler und demokratischer Iran würde den langfristigen Sicherheitsdruck verringern, der mit regionaler Instabilität, Migrationswellen, Störungen der Schifffahrt und ausufernden regionalen Konflikten verbunden ist. Gleichzeitig würde er Deutschland dauerhafte politische Beziehungen und strategische Anknüpfungspunkte in einem zukünftigen Iran erschließen. Sich allein auf Kampagnen für Menschenrechte und Sensibilisierungsinitiativen zu verlassen, birgt die Gefahr, Rhetorik mit Einfluss zu verwechseln. Wenn Berlin Iran zunehmend als langfristige strategische Herausforderung betrachtet, sollte der Umgang mit iranischen demokratischen Akteuren zu einem integrierten Bestandteil deutscher Außenpolitik werden.

5. Von Menschenrechtsbeobachtung zu Menschenrechtsdurchsetzung übergehen.

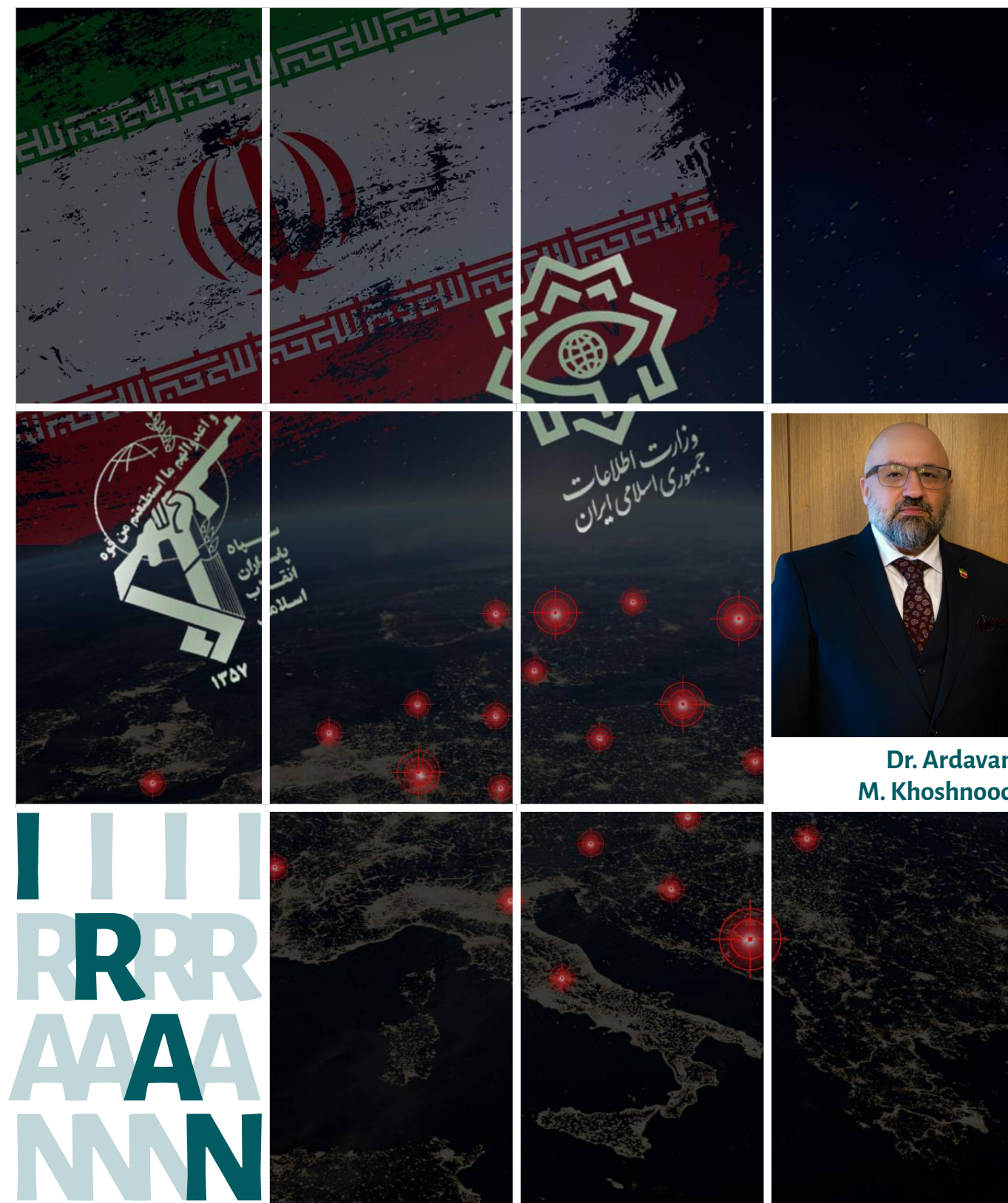
Deutschlands Iran-Politik dokumentiert Menschenrechtsverletzungen häufig, statt Konsequenzen folgen zu lassen. Berlin sollte Bemühungen anführen, Menschenrechtsverletzungen automatisch mit diplomatischen und wirtschaftlichen Reaktionen zu verknüpfen — etwa gezielten Sanktionen, Visabeschränkungen gegen Regime-Sympathisanten, finanziellen Sanktionen und Sanktionsmaßnahmen in internationalen Gremien wie den Vereinten Nationen. Dokumentation ist wichtig, doch Dokumentation ohne Abschreckung droht eher archivierende als strategische Wirkung zu entfalten, die Netzwerke und Aktivitäten des Regimes wirksam trifft.

6. Den geografischen Umfang deutscher Sicherheitsverantwortung definieren.

Deutschland muss klarstellen, woseine erweiterten Fähigkeiten eingesetzt werden sollen. Wiederaufrüstung erzeugt bei Verbündeten und Partnern Erwartungen hinsichtlich Lastenteilung und Führung. Berlin kann strategische Mehrdeutigkeit nicht unbegrenzt aufrechterhalten, wenn es darum geht, ob Deutschlands Sicherheitsverantwortung an Europas Grenzen endet oder sich auf Regionen erstreckt, deren Instabilität europäische Interessen direkt berührt. Der Iran-Fall zeigt, dass das Vermeiden dieser Frage sie nicht löst, sondern lediglich grundlegende Entscheidungen verzögert und Deutschland wertvolle strategische Zeit kostet.

7. Iran als Bestandteil eines umfassenderen Wettbewerbs der Großmächte begreifen statt als bloßen Regionalfall.

Deutschland sollte aufhören, Iran primär durch regionale Diplomatie zu betrachten, und stattdessen Teherans wachsende Verbindungen zu Russland, China, Cybernetzwerken, Drohnen und maritimer Sicherheit anerkennen. Iran ist zunehmend Teil eines umfassenderen geopolitischen Wettbewerbs geworden, in dem Russland und China es als strategischen Spielstein nutzen. Das hat unmittelbare Folgen für Deutschland und westliche Staaten; Iran ist damit nicht länger nur ein regionales Problem, sondern steht im Zentrum westlicher Sicherheitsfragen.

Dr. Ardavan
M. Khoshnood

Sicherheitslage nach dem Israel–USA–Krieg

Warum Europa an Bedeutung gewinnt



Dr. Ardavan M. Khoshnood,

ist Dozent für Notfallmedizin an der Universität Lund. Er besitzt einen Masterabschluss in Kriminologie von der Universität Malmö sowie einen Masterabschluss in Polizeiarbeit von der Universität Umeå. Darüber hinaus hat er einen Masterabschluss in Politikwissenschaft von der Universität Malmö erworben. Zudem ist er Mitglied des Herausgeberbeirats des *Journal of Investigative Psychology and Offender Profiling*.



Dieses Satellitenbild, bereitgestellt von Maxar Technologies und aufgenommen am 22. Juni 2025, zeigt die Schäden durch die US-Schläge an der Urananreicherungsanlage von Isfahan im Zentrum Irans. (Bildnachweis: Satellitenbild ©2025 Maxar Technologies/AFP)

Der jüngste Krieg zwischen Israel und den Vereinigten Staaten gegen den Iran ist das Ergebnis einer längeren Eskalationswelle: Der „Zwölf-Tage-Krieg“ zwischen Israel und dem Iran im Juni 2025, die US-Schläge gegen iranische Nukleareinrichtungen in Fordow, Natanz und Isfahan sowie der umfassende Konflikt, der am 28. Februar 2026 begann, als Israel und die USA Schläge gegen die iranische Führung, die nukleare Infrastruktur und das Programm für ballistische Raketen führten. Ein bedingter Waffenstillstand wurde am 8. April 2026 erklärt; darauf folgten diplomatische Bemühungen unter Vermittlung durch Pakistan und weitere Akteure.

Dieser Aufsatz zeigt: Der Krieg legte eine doppelte Realität in der iranischen Sicherheitsdoktrin offen. Zum einen wurden erneut gravierende Schwächen der iranischen Sicherheitsarchitektur deutlich: wiederholtes Versagen im Bereich Aufklärung und Gegenspionage, eine brüchige Luftabwehr, anfällige Kommando- und Kontrollstrukturen sowie eine nur begrenzte Fähigkeit, strategische Werte gegen fortgeschrittene israelische und US-Fähigkeiten zu schützen (Khoshnood, 2021a, 2025, 2026). Zum anderen eliminierte der Krieg Irans Instrumentarium zur Zwangsausübung nicht. Raketen, Stellvertreter-Netzwerke, Cyber-Kapazitäten, Geiseldiplomatie, geheime Beschaffungskanäle und die Einschüchterung von Dissidenten im Ausland bleiben zentrale Instrumente zur Sicherung des Regimes. Europa wird daher wahrscheinlich in Teherans Nach-Kriegs-Doktrin an Bedeutung gewinnen – nicht, weil Europa militärisch zentral für Irans Abschreckungspotenzial ist, sondern weil iranische Entscheidungsträger europäische Staaten als politisch gespalten, in ihrem Handeln rechtlich begrenzt und weniger eng mit Israel und den USA verbündet wahrnehmen, als Washington oder Jerusalem erwartet hatten (z. B. Bayer und Van Campenhout, 2026). Diese Wahrnehmung könnte iranische Aktivitäten in Europa ausweiten: diplomatisch, im Geheimdienstbereich, in der Diasporapolitik, im Cyber-Raum, durch Propaganda, über Sanktionsumgehung sowie durch politischen Zwang.

Irans Sicherheitsdoktrin vor dem Krieg

Vor dem Krieg basierte Irans Sicherheitsdoktrin auf drei Säulen: Dem Überleben des Regimes, Abschreckung durch Vergeltung und strategische Tiefe. Die US-Defense Intelligence Agency (2019) benannte Irans Kernprioritäten als Sicherung der klerikalen Herrschaft, Verteidigung gegen externe und interne Bedrohungen sowie Festigung Irans als Regionalmacht. Da der Iran keine moderne Luftwaffe besaß und konventionell weder den USA noch Israel gleichkommen konnte, mit denen der Iran längst einen Krieg erwartete, investierte er in asymmetrische Mittel: ballistische und Marschraketen, Drohnen, Fähigkeiten zur Beeinträchtigung der Schifffahrt, Stellvertreter-Kräfte, Cyber-Operationen und nicht direkt zuordenbare Aktionen im Ausland (Azizi, 2021).

„Vorwärtsverteidigung“ war der doktrinaire Ausdruck dieses Ansatzes. Im iranischen strategischen Denken sollen Bedrohungen fernab der eigenen Grenzen bekämpft werden; Irak, Syrien, Libanon, Jemen und der Persische Golf bilden Schichten strategischer Tiefe. Die Doktrin verbindet Raketen, Drohnen, nichtstaatliche Partner und Cyber-Kapazitäten zu einer umfassenden Architektur der Abschreckung. Raketen sind dabei zentral, weil sie die geografischen Nachteile verringern und Gegenangriffe auf regionale Ziele adversarischer Staaten ermöglichen (Azizi, 2021). Weitere Berichte zeigen, wie Teheran verbündete Milizen und bewaffnete Partner nutzt, um US-, israelische, golfstaatliche und Wirtschaftsinteressen zu bedrohen und zugleich die Zuordnung sowie das

Eskalationsmanagement zu erschweren (Tabatabai et al., 2021).

Nukleare Latenz war eine weitere Säule. Der Iran brauchte keine offen deklarierte Atombombe, um strategischen Druck aufzubauen; er benötigte technische Kapazitäten, angereicherte Bestände, dezentralisiertes Fachwissen und verhandlungstaktische Unschärfe, um die Entscheidung für eine nukleare Bewaffnung schnell treffen zu können. Berichte der IAEA für 2025–26 dokumentierten große Bestände an angereichertem Uran (bis zu 60% U-235) und verzeichneten zugleich schwere Verifikationsprobleme nach militärischen Angriffen auf iranische Nuklearanlagen (IAEA, 2026). Das bewies zwar keine politische Entscheidung zur Waffenproduktion, vertiefte aber den abschreckenden und diplomatischen Wert der nuklearen Latenz.

Europa war bereits vor dem Krieg wichtig: als Ort für Nuklearverhandlungen, als Arena für Sanktionen und Finanzen, als Ziel für geheime Beschaffung, als Basis für iranische Dissidenten und Diaspora-Medien sowie als Handlungsfeld für iranische Geheimdienste. Britische Behörden beschreiben den Iran als beständige staatliche Bedrohung und verweisen auf Verschwörungen gegen Dissidenten, Journalisten, jüdische Einrichtungen und israelische Ziele sowie auf den Einsatz krimineller Akteure im staatlichen Auftrag (Hansard, 2025). Europa war daher nie nebensächlich für die iranische Sicherheitspolitik; es war jedoch ein zweitrangiges Schlachtfeld, in dem Teheran

Der Oberste Führer der Islamischen Republik Iran, Ayatollah Ali Khamenei, in der Mitte, besucht am 19. November 2023 eine Ausstellung neuer Waffen der Revolutionsgarden. (Bildnachweis: Office of the Iranian Supreme Leader via AP)



Diplomatie, Zwang, Überwachung, Einflussnahme und Vergeltung miteinander verband.

Eine weitere Dimension war die Nutzung Europas als Operationsraum für von staatlichen Akteuren beauftragte Repression im Ausland. Khoshnood (2025a) argumentiert, dass die Islamische Republik zunehmend staatsnahe kriminelle Vermittler für außerterritoriale Attentate, Überwachung, Brandstiftung und Einschüchterung nutzt – besonders dort, wo offizielle Kräfte Überwachung, Visabeschränkungen oder diplomatische Konsequenzen fürchten. Dieses Modell erlaubt Teheran, lokalen kriminellen Zugriff mit plausibler Abstreitbarkeit zu verbinden: Der Staat behält die politische Kontrolle über die Zielwahl, während operative Aufgaben an Akteure delegiert werden, die sich schwerer direkt dem iranischen Staat zuordnen lassen. Der Einsatz krimineller Vermittler gehört daher fest zur iranischen Sicherheitsdoktrin – nicht als Randphänomen der Kriminalität, sondern als Grauzonen-Instrument, das innere Repression, Diaspora-Kontrolle und externen Zwang verbindet.

Versagen in Aufklärung und Gegenspionage

Der Krieg verschärfte ein seit über einem Jahrzehnt erkennbares Muster: Irans Sicherheitsinstitutionen haben wiederholt versagt, Wissenschaftler, Kommandeure, sensible Dokumentenbestände, Einrichtungen und operative Geheimnisse zu schützen. Der Stuxnet-Angriff auf Natanz offenbarte verwundbare Cyber- und industrielle Steuerungssysteme. Der Iran gab zu, dass Schadsoftware Zentrifugen beeinträchtigt hatte, während technische Analysten einschätzten, dass Stuxnet wahrscheinlich eine signifikante Anzahl von Maschinen beschädigt hatte (Albright et al., 2010). Nachfolgende Sabotage in Natanz 2021, die der Iran Israel zuschrieb, deutete erneut auf ein Eindringen in eine der sensibelsten iranischen Nuklearanlagen hin (Khoshnood, 2021b).

Gezielte Tötungen festigten diese Bilanz.

Zwischen 2010 und 2020 wurden iranische Nuklearwissenschaftler wiederholt gezielt getötet, darunter Mohsen Fakhrizadeh, den westliche und israelische Quellen mit der militärischen Dimension des iranischen Nuklearprogramms verbanden. (Khoshnood, 2021a). Im April 2024 töteten mutmaßliche israelische Schläge auf die iranische Botschaft in Damaskus



Smoke rises after what the Iranian media said was an Israeli strike on a building close to the Iranian embassy in Damascus, Syria April 1, 2024. REUTERS/Firas Makdesi

hochrangige Angehörige der Islamischen Revolutionsgarden, darunter Kommandeure mit Bezug zu Operationen in der Region (Khoshnood et al., 2026). Im Juni 2025 töteten israelische Angriffe hochrangige iranische Kommandeure und Nuklearwissenschaftler und warfen erneut Fragen nach einem Eindringen in militärische und wissenschaftliche Kreise auf (Khoshnood, 2025b).

Der Diebstahl des iranischen Nuklear-Archivs 2018 war besonders verheerend, weil es sich nicht um ein einzelnes Attentat oder Sabotage handelte, sondern um ein massives Eindringen in ein geschütztes Dokumentenarchiv in Teheran (Khoshnood, 2021c). Wissenschaftler des Belfer-Centers, die Teile des Archivs gesichtet hatten, berichteten, dass israelische Geheimdienste eine große Menge an Dokumenten aus dem Iran entnommen hatten, die zusätzliche Details zu Irans vergangener Nuklearwaffenforschung lieferten (Arnold, 2019). Solch eine Operation deutete Versagen beim physischen Schutz, bei der Kompartimentierung, bei der Erkennung von Insider-Risiken und bei der sorgfältigen Handhabung in der Gegenspionage an.

Raketen, Vorwärtsverteidigung und strategische Druckmittel

Die offengelegte Schwäche der Luftabwehr bedeutet nicht, dass der Iran keine Abschreckung durch militärische Macht besitzt. Raketen bleiben sein wichtigstes direktes militärisches Instrument. Die DIA bewertete, dass der Iran das größte und diversifizierteste Arsenal ballistischer Raketen im Nahen Osten besitzt – mit Systemen, die Ziele in der gesamten Region erreichen können (Defense Intelligence Agency, 2019). Die

iranischen Raketen sind technologisch nicht unschlagbar; viele können von israelischen, US-, Golf- und Marinesystemen abgefangen werden. Ihr Wert liegt in der Überlastung der Abwehrsysteme durch Masse, der Reichweite, der Beständigkeit, der Auferlegung von Kosten und der Erzeugung politischen Drucks.

Wenn der Iran Gegner dazu zwingt, knappe Abfangraketen zu binden, Energieversorgungen zu stören, Schifffahrts- und Versicherungskosten in die Höhe zu treiben, zivile Infrastruktur zu beschädigen und innenpolitischen Druck in Zielstaaten zu erzeugen, dienen Raketen Zwecken der politischen Zwangsausübung – selbst wenn der Großteil abgefangen wird. Cancian und Park (2026b) berichteten, dass die USA ausreichende Munition für den weiteren Kampf im Krieg 2026 hatten, dass das größere Risiko jedoch in der zukünftigen Erschöpfung von Beständen und langen Nachbeschaffungszeiträumen lag. Finley (2026) bestätigte in derselben Analyse, dass die USA möglicherweise Jahre benötigen, um einige der im Iran-Krieg eingesetzten fortgeschrittenen Waffen und Abfangsysteme nachzufüllen.

Die Vorwärtsverteidigung wird wahrscheinlich überleben – wenn auch in angepasster Form. Hisbollah, irakische Milizen, die Huthis, Cyber-Akteure und Beschaffungskanäle können kein widerstandsfähiges eigenes Luftabwehrsystem ersetzen, aber sie können das Schlachtfeld erweitern. Sie ermöglichen es dem Iran, Israel vom Libanon aus, US-Streitkräfte aus dem Irak und dem Persischen Golf, Schifffahrt aus Jemen und dem Roten Meer sowie Öl- und Gasrouten durch die Straße von Hormus zu bedrohen. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates

Anhänger des im Exil lebenden iranischen Kronprinzen Reza Pahlavi nehmen am 14. Februar 2026 in München, Deutschland, während der Münchner Sicherheitskonferenz an einer Demonstration teil. (AP-Foto/Ebrahim Noroozi)



2026 hoben insbesondere die maritime Sicherheit hervor und verurteilten Bedrohungen der Schifffahrtsfreiheit in und aus der Straße von Hormus – und bestätigten damit, dass die strategische Nutzung Irans geografischer Lage für Europa weiterhin relevant bleibt.

Der Krieg könnte dennoch eine doktrinaire Anpassung erzwingen. Die zunehmende Suche Hisbollahs nach Schutz vor israelischen Angriffen, die Verwundbarkeit irakischer Milizen und der hohe Verlust iranischer Raketenstartinfrastruktur schwächen die Glaubwürdigkeit der Vorwärtsverteidigung als automatischem Schutzschild. Teheran wird daher möglicherweise mehr Gewicht auf Redundanz, Operationen mit plausibler Abstreitbarkeit, Cyber-Operationen, Überwachung der Diaspora und nicht-militärischen Druck in Europa legen. In diesem Sinne wird Europa nicht zum Ersatz für die regionale „Achse des Widerstands“, sondern zu einem ergänzenden Feld für Widerstandsfähigkeit durch Zwangsausübung.

Europa, Diasporapolitik und Irans Sicherheitsdoktrin

Der Krieg hob auch die politische Bedeutung der iranischen Diaspora hervor. Große Exilgemeinden in Europa und Nordamerika sind nicht nur kulturelle Gemeinden, sondern politische Netzwerke, Medienökosysteme, Fundraising-Basen, Lobbyakteure und Legitimationsgrundlagen für Oppositionsfiguren. Für ein Regime, das auf Repression und dem alleinigen Anspruch auf die Revolution aufbaut, ist die

Reza Pahlavi, Kronprinz des Iran, und seine Ehefrau Yasmine sprechen am 14. Februar 2026 vor Demonstranten vor der Münchner Sicherheitskonferenz in München, Deutschland. (Michaela Stache / AFP via Getty Images)



Mobilisierung der Diaspora ein Sicherheitsproblem, weil sie den Anspruch des Regimes infrage stellt, Opposition sei marginal, von außen gesteuert oder organisatorisch unfähig.

Daher lässt sich Diasporapolitik nicht von der externen Sicherheitsdoktrin des Irans trennen. Teheran hat exilierte Opposition historisch nicht einfach als politische Kritik, sondern als Sicherheitsbedrohung behandelt, die penetriert, diskreditiert, eingeschüchtert und in Einzelfällen physisch beseitigt wird. Khoshnood (2025a) beschreibt dies als Form transnationaler Repression, bei der Gewalt, Überwachung und Diffamierung genutzt werden, um Oppositionsgruppen zu spalten und zu signalisieren, dass Exil keine Sicherheit garantiert. Die Diaspora ist also nicht nur ein politisches Publikum, sondern ein umkämpftes Feld, in dem das Regime alternative Legitimationsquellen schwächen will.

Kronprinz Reza Pahlavi ist zu einer zentralen Figur in der Exilopposition geworden – wenn auch nicht unumstritten. Im Februar 2026 demonstrierten 250.000 Menschen in München nach seinem Aufruf zu einem „Globalen Aktionstag“ (Hodina, 2026). Mehr als eine Million Menschen gingen in ganz Europa und Nordamerika auf die Straße (Iran International, 2026a). Dass der Kronprinz über eine Million Iraner im Exil mobilisieren konnte, ist nicht überraschend: Einen Monat zuvor hatten Millionen Iraner innerhalb des Landes zum Sturz des Islamischen Regimes aufgerufen; US-Beamten zufolge wurden während zweier Tage mehr als 40.000 Iraner massakriert (Iran International, 2026b; 2026c).

Teheran betrachtet solche Mobilisierung aus vier Gründen als bedrohlich:

1. Diaspora-Aktivismus verstärkt Informationen aus dem Innern Irans, wenn das Regime Internetabschaltungen verhängt.
2. Er bietet den europäischen Regierungen sichtbare Gesprächspartner neben der Islamischen Republik.
3. Er kann die Interessenvertretung für Sanktionen, Menschenrechtskampagnen und mediale Aufmerksamkeit koordinieren.
4. Er könnte Überlaufen oder Passivität unter Regimeeliten fördern. Die Existenz eines einheitlichen Anführers – Kronprinz Reza Pahlavi – der eine vereinte Opposition führt, verschärft diese Bedrohung noch.

Nachkriegs-Neuausrichtung der Doktrin auf Europa

Irans wahrscheinliche Neuausrichtung gegenüber Europa beginnt mit einer Wahrnehmung: Europa verurteilte die iranische Eskalation und Repression, verschmolz seine Position aber nicht einfach mit den Positionen Israels und der USA. Die EU forderte Deeskalation, Schutz von Zivilisten, Achtung des Völkerrechts, Freiheit der Schifffahrt, erneuerte IAEO-Zusammenarbeit und Diplomatie; zugleich verurteilte sie iranische Angriffe und Aktivitäten iranischer Stellvertreter und warnte vor weiterer Eskalation in der Region (European Council, 2026).

Teheran wird dies sicherlich als Keil interpretieren. Diese Lesart könnte übertrieben sein, denn europäische Staaten haben Sanktionen verhängt, Repression kritisiert und die Gegenspionage gestärkt. Doch die iranische Doktrin nutzt oft wahrgenommene Lücken zwischen Gegnern aus. In Europa betreffen diese Lücken Uneinigkeit über militärische Gewalt, Diplomatie bezüglich des Nuklearprogramms, die Politik zu Gaza und Libanon, die Durchsetzung von Sanktionen, Diasporapolitik sowie die rechtliche Schwelle für Verbote oder Einschränkungen staatsnaher iranischer Organisationen.

Bedrohliche Aktivitäten in Europa werden daher wahrscheinlich anhalten. Britische Behörden erklärten 2025, dass das Vereinigte Königreich seit Anfang 2022 auf 20 iranisch gestützte Verschwörungen reagiert habe, die potenziell tödliche Bedrohungen für britische Bürger und Einwohner darstellten, und dass iranische Dienste häufig kriminelle Akteure im staatlichen Auftrag nutzen, um staatliche Beteiligung zu verschleiern (Hansard, 2025). Der Crown Prosecution Service erhob 2025 Anklage gegen drei iranische Staatsangehörige wegen Handlungen, die wahrscheinlich einem ausländischen Geheimdienst dienen, und weist auf Überwachungsmaßnahmen im Zusammenhang mit beabsichtigter schwerer Gewalt hin.

Die wahrscheinliche Anpassung nach dem Krieg besteht nicht einfach in mehr Aktivität, sondern in mehr abstreitbarer Aktivität. Irans Rückgriff auf staatsnahe kriminelle Akteure hat sich von gelegentlichem Auslagern zu einer strukturierten Grauzonen-Methode entwickelt (Khoshnood, 2025a). Kriminelle Akteure bieten lokalen Zugriff, logistische Flexibilität, kulturelle Tarnung und mangelnde Zuordenbarkeit – und ermöglichen Teheran so Überwachung, Einschüchterung, Sabotage (z. B. Brandstiftung) und Planung von Attentaten. Dieses Modell ist besonders nützlich in Europa, wo offene Gesellschaften, fragmentierte Jurisdiktionen, hohe Beweislast



und der Schutz bürgerlicher Rechte operationellen Raum für Grauzonen-Aktivitäten des Islamischen Regimes schaffen.

Weitere europäische Fälle bestätigen dieses Muster. Ein iranischer Diplomat wurde in Belgien wegen eines geplanten Bombenanschlags 2018 auf eine Oppositionsversammlung in der Nähe von Paris verurteilt – einen Fall, den Teheran leugnete und später in Gefangenaustauschpolitik einband (Khoshnood und Khoshnood, 2024). Der Assadi-Fall ist analytisch entscheidend, weil er zeigt, dass diplomatische Infrastruktur und kriminelles Auslagern keine getrennten Instrumente sind, sondern als sich gegenseitig verstärkende Schichten derselben Architektur der Zwangsausübung fungieren können. Diplomatische Plattformen bieten Schutz, Erleichterung, Finanzierungswege und logistische Koordination, während kriminelle oder nicht-offizielle Akteure Distanz zwischen Staat und Tat herstellen. Diese Schichtung erschwert Strafverfolgung, verlangsamt diplomatische Reaktionen und erlaubt Teheran, die Lücke zwischen Strafrecht, Antiterrorrecht und Gegenspionage auszunutzen (Khoshnood, 2025a).

Der Europarat hat zudem iranische Beamte wegen der willkürlichen Inhaftierung von EU-Bürgern sanktioniert und Inhaftierungen unter dem Vorwand politischer Gründe ausdrücklich als ernstes Problem bezeichnet (European Council, 2025).

In diesem Zusammenhang könnte auch die Unterstützung für Regimesympathisanten im Ausland wachsen. Das muss sorgfältig unterschieden werden: Politische Tätigkeit, religiöse Arbeit, kulturelle Vereine, Medienarbeit und studentisches Engagement sind nicht automatisch illegitim, solange sie im legalen Rahmen bleiben. Soft Power wird erst dann zu

einem Sicherheitsproblem, wenn sie verdeckt von einem ausländischen Staat gelenkt, intransparent finanziert, zur Einschüchterung von Dissidenten genutzt, mit Überwachung verbunden oder mit Sanktionsumgehung und Beschaffung verbotener Güter verknüpft ist. Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, den iranischen Staat in die erweiterte Stufe des Foreign Influence Registration Scheme aufzunehmen, spiegelt genau diese Unterscheidung wider: Es geht nicht um iranische Identität oder politische Meinung, sondern um nicht deklarierte, vom iranischen Staat gelenkte Aktivitäten (Hansard, 2025).

Was Europa jetzt tun muss

Europa sollte aufhören, den Iran allein als Problem im Zusammenhang mit dem Nuklearprogramm zu betrachten. Die nukleare Frage bleibt zentral, doch der Krieg zeigte: Der Iran ist eine hybride Sicherheitsherausforderung. Raketen, Stellvertreter-Netzwerke, Cyber-Operationen, maritime Zwangsmittel, Geiselnahme, verdeckte Beschaffung verbotener Güter, Desinformation, Einschüchterung der Diaspora und Geheimdienstaktivitäten wirken zusammen. Die zusätzliche Lehre aus Irans Einsatz krimineller Akteure ist, dass europäische Sicherheitspolitik organisierte Kriminalität, fremdgesteuerte Einschüchterung und staatliche Repression als verbundene Bereiche behandeln muss – nicht als getrennte bürokratische bzw. einzelne Kategorien (Khoshnood, 2025a). Die skandinavischen Erfahrungen untermauern dies: In Dänemark, Norwegen und Schweden richteten sich iranisch verknüpfte Aktivitäten gegen die Überwachung der Diaspora, von Botschaften organisierte Einschüchterungsaktionen, Cyberangriffe auf Einzelpersonen



und Universitäten, illegale Beschaffungsversuche verbotener Güter, Einflussnahme in akademischen und politischen Kreisen, religiöse Plattformen, kriminelle Netzwerke gegen israelische Ziele sowie Geiseldiplomatie. Der Punkt ist nicht, dass Skandinavien einzigartig verwundbar ist, sondern dass selbst kleinere europäische Staaten operativ wertvoll werden können, wenn Teheran fragmentierte Sicherheitskoordination, rechtlich permissive Umgebung und geringe politische Kosten wahrnimmt (Khoshnood et al., 2025a; 2025b).

1: Europäische Regierungen müssen mit dem Iran verbundene kriminelle Netzwerke als nationale Sicherheitsbedrohungen behandeln – nicht nur als gewöhnliche organisierte Kriminalität. Khoshnood (2025a) zeigt: Irans Einsatz staatsnaher krimineller Akteure verwischt die Grenze zwischen Terrorismus, organisierter Kriminalität und staatlicher Repression. Das schafft ein strukturelles Problem für die europäische Strafverfolgung, weil Verschwörungen lokal wie gewöhnliche Kriminalität wirken können, obwohl sie strategische Ziele eines ausländischen Staates verfolgen. Anti-Terror-Einheiten, Einheiten zur Bekämpfung organisierter Kriminalität, Finanznachrichtendienste und Gegenspionage-Dienste müssen daher Geheimdienstinformationen in Echtzeit teilen – auch grenzüberschreitend. Die entscheidende Frage ist nicht nur, ob ein Tatbestand strafrechtlich verfolgbar ist, sondern ob er Teil eines größeren Musters iranisch gesteuerter Zwangsausübung ist.

2: Europäische Staaten müssen ihre Rechtsrahmen aktualisieren, sodass von ausländischen Staaten gesteuerte



Ebrahim Raisi, der achte Präsident der Islamischen Republik, und Assadollah Assadi – 26. August 2023.

Überwachung, Einschüchterung, Zwang und Belästigung von Exilanten als feindselige staatliche Aktivität gelten. Viele europäische Rechtssysteme berücksichtigen Drohungen, Körperverletzung, Brandstiftung und Mordversuche bereits, erfassen aber das kumulative Muster fremdgesteuerter Repression oft nicht. Iranische Operationen beruhen häufig auf Informationsbeschaffung, Einschüchterung durch Stellvertreter, Rufschädigung, indirekten Drohungen und fragmentierten Aktionen über mehrere Jurisdiktionen hinweg. Ein Dissident erlebt das Muster als kohärente Kampagne, während Polizei und Staatsanwaltschaft nur einzelne Vorfälle sehen. Gesetzliche Reformen müssen Behörden ermöglichen, solches Verhalten als transnationale Repression zusammenzufassen, wenn glaubwürdige Beweise für die Steuerung von ausländischen Staaten vorliegen.

3: Die diplomatische Infrastruktur muss strenger überprüft werden. Das bedeutet nicht, diplomatische Kanäle aufzugeben – Diplomatie bleibt notwendig, besonders in Krisen. Doch europäische Regierungen müssen zwischen diplomatischem Engagement und tolerierter verdeckter Aktivität unter diplomatischem Schutz unterscheiden. Der w-Fall, frühere Ausweisungen iranischer Diplomaten und iranisch verknüpfte geplante Anschläge in Europa zeigen: Botschaften und Konsulate können Doppelfunktionen haben – diplomatische Repräsentation an der Oberfläche, Unterstützung verdeckter Aktivitäten, Überwachung oder operative Unterstützung darunter (Khoshnood und Khoshnood, 2024; Khoshnood, 2025a). Europäische Staaten sollten den diplomatischen Fußabdruck des Irans dort verkleinern, wo geboten, mit Geheimdienstaktivität verbundene Beamte ausweisen, Bewegung verdächtiger Personen einschränken und konsularische, kulturelle sowie religiöse Plattformen überwachen (Khoshnood, 2025a; Khoshnood et al., 2025a).

4: Europa braucht konsequentere Maßnahmen der Finanznachrichtendienste. Irans externe Zwangspolitik beruht nicht nur auf operativem Personal, sondern auch auf finanzieller Unterstützung: Bargeldtransfers, Scheinfirmen, informelle Werttransfersysteme, karitative oder kulturelle Scheinorganisationen, Geschäftsnetzwerke und Sanktionsumgehung. Khoshnood (2025a) betont: Kriminelles Auslagern hängt von finanzieller Verschleierung und abgeschirmten Unterstützungsstrukturen ab. Europäische Finanznachrichtendienste müssen daher verdächtige Geldströme im Zusammenhang mit iranischen staatlichen Akteuren, den Islamischen Revolutionsgarden, dem Nachrichtendienstministerium, kulturellen Vereinen und kriminellen Akteuren als potenzielle Sicherheitsindikatoren behandeln – nicht nur als Sanktions- oder Geldwäscheffall.

5: Europäische Regierungen müssen Reputationskriegsführung als Teil der Bedrohungslage erkennen. Wenn physische Angriffe kostspieliger werden, könnte Teheran zunehmend auf Desinformation, Diffamierung, fabrizierte Skandale, sexualisierten Rufmord und Online-Manipulation gegen Dissidenten und Oppositionsfiguren zurückgreifen. Solche Aktivitäten sind schwieriger strafrechtlich zu verfolgen als Gewaltstraftaten, können aber dennoch als Instrument staatlicher Zwangsausübung dienen, indem sie Dissidenten isolieren, Diasporagemeinschaften spalten und alternative Führungsfiguren beschädigen. Reaktionen sollten Zusammenarbeit mit Plattformen, rasante Aufklärungsmechanismen, öffentliche Benennung staatsverbundener Kampagnen und Unterstützungsstrukturen für betroffene Dissidenten umfassen. Dabei muss sorgfältig abgewogen werden: rechtmäßige politische Meinungsverschiedenheiten sind zu schützen, koordinierte fremdgesteuerte Einschüchterung ist zu benennen und einen Riegel davor zu schieben.

6: Europa muss Sanktionen und Exportkontrollen mit größerer Konsequenz durchsetzen. Irans Netzwerke für Raketen, Drohnen, Cyber-Aktivitäten und das Nuklearprogramm sind auf Dual-Use-Komponenten, Scheinfirmen, Zugang zu akademischen Ressourcen, Logistikdienstleister und Finanzdienstleister angewiesen. Universitäten und Forschungseinrichtungen benötigen klarere Leitlinien zu Dual-Use-Zusammenarbeit, Gastwissenschaftlern, sensiblen Laboren, Cyberangriffen, Risiken informellen Technologie-Transfers und Cyber-Spionage an Forschungsumgebungen – einschließlich berichteten iranisch verknüpften Aktivitäten an dänischen, norwegischen und schwedischen Universitäten (Khoshnood et al., 2025a; 2025b).

7: Europäische Staaten müssen eine gemeinsame Strategie für Geiseln und willkürliche Inhaftierungen entwickeln. Die Islamische Republik nutzt wiederholt Doppelstaatler und ausländische Bürger als Instrumente der Zwangsdiplomatie. Eine fragmentierte europäische Antwort vergrößert Teherans Hebel. Konsularischer Schutz, zielgerichtete Sanktionen gegen Richter und Gefängnisbeamte, koordinierte öffentliche Stellungnahmen und Vermeidung politisch asymmetrischer Gefangenaustausche müssen Teil eines einheitlichen Rahmens sein. Die schwedische Erfahrung – einschließlich der Nutzung von Johan Floderus als Hebel im Fall Hamid Noury, während Ahmadreza Djalali in Iran inhaftiert blieb – verdeutlicht, warum europäische Geiselpolitik nicht fragmentiert, national und zufällig bleiben darf (Khoshnood et al., 2025b).

8: Europa muss sich operativ angemessen mit den USA und Israel koordinieren, aber seine Iran-Politik nicht auslagern. Kooperation ist notwendig bei Raketenabwehr, Cyber-Indikatoren, Beschaffungsnetzwerken, kriminellen Akteuren und Bedrohungen für Dissidenten. Europas Stärke liegt jedoch in rechtlicher Widerstandskraft, Finanzregulierung, Geheimdienstkooperation und direktem Engagement mit der iranischen Zivilgesellschaft. Eine glaubwürdige Politik muss Druck auf das Regime mit Schutz für Iraner verbinden, die sich dem autoritären Regime entgegenstellen. Die zentrale Lehre ist: Der Iran ist nicht nur nuklearer Verhandlungspartner oder regionaler Störfaktor, sondern ein hybrider autoritärer Sicherheitsakteur, der durch Diplomatie, Geheimdienste, Stellvertreter, kriminelle Vermittler, Cyber-Tools, Finanznetzwerke und Zwangsausübung gegen die Diaspora operiert.

Schlussfolgerung

Der Krieg zerstörte die iranische Bedrohungsfähigkeit nicht, verschob jedoch die strategische Faktenlage. Irans Sicherheitsarchitektur erwies sich als stärker infiltriert, brüchiger und konventionell weniger widerstandsfähig, als das offizielle Narrativ behauptete. Das Versagen der Geheimdienste, Attentate, Sabotage, der Diebstahl von Archivmaterial, der Zusammenbruch der Luftabwehr, die Anfälligkeit der Kommandokette und Schäden an der nuklearen Infrastruktur offenbarten die Grenzen einer Doktrin, die auf Intransparenz und einem Mythos der Abschreckung beruhte.

Doch Schwäche bedeutet nicht Harmlosigkeit. Der Iran verfügt weiterhin über Raketen, die selbst bei hohen Abfangraten Schaden anrichten können; über Stellvertreter- und Partnernetzwerke, die Krisen verschärfen können; über Cyberakteure, die anfällige Systeme ausnutzen können; über Geiseldiplomatie, die Menschen als Waffe einsetzt; und über Geheimdienstinstrumente zur Repression im Ausland. Europa steht im Zentrum dieser Aktivitäten. Es beherbergt Dissidenten und Diasporanetzwerke, ist Standort finanzieller und technologischer Knotenpunkte, gestaltet Sanktionen und Diplomatie und bietet Teheran Spielräume, politische Spaltungen zu instrumentalisieren.

Die wahrscheinliche iranische Nachkriegsdoktrin gegenüber Europa wird daher aktiver sein, nicht passiver. Teheran dürfte Europa wohl als zweitrangigen Schauplatz betrachten, auf dem es Druck unterhalb der Kriegsschwelle ausüben kann: durch Einschüchterung, Cyberoperationen, Propaganda, verdeckte

Beschaffung, Einflussnahme, Sanktionsumgehung und das Ausspielen von Spaltungen in der Diaspora. In diesem Umfeld sind staatsnahe kriminelle Akteure besonders nützlich, weil sie Teheran erlauben, strategische Absichten in lokale Aktionen umzusetzen und gleichzeitig Abstreitbarkeit zu wahren, Zuordnung zu erschweren und die Handlungsspielräume demokratischer Rechtsstaaten auszunutzen (Khoshnood, 2025a).

Europäische Regierungen müssen entsprechend reagieren. „Der Iran ist nicht nur Akteur in Nuklearverhandlungen oder regionaler Störfaktor, sondern ein hybrider, autoritärer Akteur. Eine seriöse europäische Iran-Politik muss demokratischen Raum gegen transnationale Repression verteidigen, Dissidenten schützen, Institutionen resilienter gestalten, restriktive Maßnahmen durchsetzen, ausländischen Geheimdiensten entgegenwirken und die iranische Zivilgesellschaft stärken, ohne die Zwangsmaßnahmen des Regimes zu legitimieren.

Quellenverzeichnis

- Albright David, Brannan Paul, Walrond Christina (2010). Did Stuxnet Take Out 1,000 Centrifuges at the Natanz Enrichment Plant? Institute for Science and International Security. <https://isis-online.org/isis-reports/did-stuxnet-take-out-1000-centrifuges-at-the-natanz-enrichment-plant>
- Arnold Aaron, Bunn Matthew, Chase Caitlin, Miller Steven E, Mowatt-Larssen R, Tobery William H (2019). The Iran Nuclear Archive: Impressions and Implications. Belfer Center for Science and International Affairs. <https://www.belfercenter.org/publication/iran-nuclear-archive-impressions-and-implications>
- Azizi Hamidreza (2021). The Concept of “Forward Defence”: How Has the Syrian Crisis Shaped the Evolution of Iran’s Military Strategy? Research Project Report 4, Geneva Centre for Security Policy. <https://www.gcsp.ch/publications/concept-forward-defence-how-has-syrian-crisis-shaped-evolution-irans-military-strategy>
- Bayer Lili, Van Campenhout Charlotte (2026). EU divided on suspension of Israel pact as Spain pushes for action. Reuters. <https://www.reuters.com/world/eu-divided-suspension-israel-pact-spain-pushes-action-2026-04-21/>
- Cancian Mark F, Park Chris H (2026a). Assessing the Air Campaign After Three Weeks: Iran War By the Numbers. Center for Strategic & International Studies. <https://www.csis.org/analysis/assessing-air-campaign-after-three-weeks-iran-war-numbers>
- Cancian Mark F, Park Chris H (2026b). Last Rounds? Status of Key Munitions at the Iran War Ceasefire. Center for Strategic & International Studies. <https://www.csis.org/analysis/last-rounds-status-key-munitions-iran-war-ceasefire>
- Crown Prosecution Service (2025). Three men charged with National Security Act offences. The Crown Prosecution Service. <https://www.cps.gov.uk/cps/news/three-men-charged-national-security-act-offences>
- Defense Intelligence Agency (2019). Iran Military Power: Ensuring Regime Survival and Securing Regional Dominance. Defense Intelligence Agency. https://www.dia.mil/portals/110/images/news/military_powers_publications/iran_military_power_lr.pdf
- European Council (2026). EU position on the situation in the Middle East. European Council. <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-position-situation-middle-east>
- European Council (2025). Iran: seven individuals and two entities targeted by EU’s sanctions over serious human rights violations. European Council. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/04/14/iran-seven-individuals-and-two-entities-targeted-by-eu-s-sanctions-over-serious-human-rights-violations>
- Finley Ben (2026). US will need years to replenish stockpiles of advanced weapons used in Iran war, new analysis finds. Associated Press. <https://apnews.com/article/iran-war-weapons-air-defense-csis-analysis-593f866ad4eae4ddbcbcfda7a22267329>
- Hansard (2025). Iranian State Threats. House of Commons Debates, vol. 763, 4 March. <https://hansard.parliament.uk/commons/2025-03-04/debates/72131BAE-1691-4A8C-A1B3-A3B77BB7CEF8/IranianStateThreats>
- Hodina Stanislav (2026). Crown prince urges the world to stand with the people of Iran as 250,000 rally in Munich. Associated Press. <https://apnews.com/article/iran-munich-protests-reza-pahlavi-53d2448dd26d28a1206ecefdfde168f2>
- IAEA (2026). IAEA and Iran – IAEA Board Reports. <https://www.iaea.org/newscenter/focus/iran/iaea-and-iran-iaea-board-reports>
- Iran International (2026a). Over a million people rally worldwide in solidarity with Iran protests. Iran International. <https://www.iranintl.com/en/202602146821>
- Iran International (2026b). At least 1.5 million people took to Tehran streets on January 8, source says. <https://www.iranintl.com/en/202601162278>
- Iran International (2026c). Iran carried out ‘industrial-sized massacre,’ US envoy to UN says. <https://www.iranintl.com/en/202602196987>
- Khoshnood Ardavan (2021a). The Assassination of Fakhrazadeh—A Major Iranian Counterintelligence Failure? Global Security and Intelligence Studies 6 (1):199-207.
- Khoshnood Ardavan (2021b). The Attack on Natanz and the JCPOA. BESA Center Perspectives Paper 1997, The Begin-Sadat Center for Strategic Studies. <https://besacenter.org/the-attack-on-natanz-and-the-jcpoa/>
- Khoshnood Ardavan (2021c). Iran Might Purge Its Intelligence and Counterintelligence Community. BESA Center Perspectives Paper 2025, The Begin-Sadat Center for Strategic Studies. <https://besacenter.org/iran-intelligence-purge/>
- Khoshnood Arvin, Norell Magnus, Khoshnood Ardavan M (2025a). A Growing Security Threat: Iranian Intelligence Operations in Scandinavia (Part One: Denmark and Norway). Middle East Quarterly 32(3).
- Khoshnood Arvin, Norell Magnus, Khoshnood Ardavan M (2025b). A Growing Security Threat: Iranian Intelligence Operations in Scandinavia (Part Two: Sweden). Middle East Quarterly 32(4).
- Khoshnood Ardavan (2025a). The Islamic Republic of Iran’s use of criminal intermediaries for extraterritorial assassinations and covert violence: a gray zone strategy of outsourced repression. Small Wars & Insurgencies 36(8):1433-1461.
- Khoshnood Ardavan (2025b). The War That Shook the Islamic Republic. CGI Perspectives 4166. Cyrus the Great Institute. <https://cyrus.institute/the-war-that-shook-the-islamic-republic/>
- Khoshnood Ardavan, Hajizadeh Moloud, Khoshnood Arvin (2026). Intelligence Penetration, Counterintelligence, and the Iran–Israel Covert Struggle. Small Wars & Insurgencies. Accepted manuscript.
- Khoshnood Ardavan M, Khoshnood Arvin (2024). The Islamic Republic of Iran’s Use of Diplomats in Its Intelligence and Terrorist Operations against Dissidents: The Case of Assadollah Assadi. International Journal of Intelligence and Counterintelligence 37 (3):976-992.
- Lair Sam (2025). Shallow Ramparts: Air and Missile Defenses in the June 2025 Israel-Iran War. Foreign Policy Research Institute. <https://www.fpri.org/article/2025/10/shallow-ramparts-air-and-missile-defenses-in-the-june-2025-israel-iran-war>
- Palmer Alexander, Ward Kendall (2025). Air Superiority in the Twenty- First Century: Lessons from Iran and Ukraine. CSIS Briefs. Center for Strategic & International Studies. <https://www.csis.org/analysis/air-superiority-twenty-first-century-lessons-iran-and-ukraine>
- Tabatabai Ariane M., Martini Jeffrey, Wasser Becca (2021). The Iran Threat Network (ITN): Four Models of Iran’s Nonstate Client Partnerships. Rand Corporation. <https://www.rand.org/t/RR4231>



Warum der Fall der Islamischen Republik zum Wirtschaftswachstum in Europa und dem Westen beitragen könnte





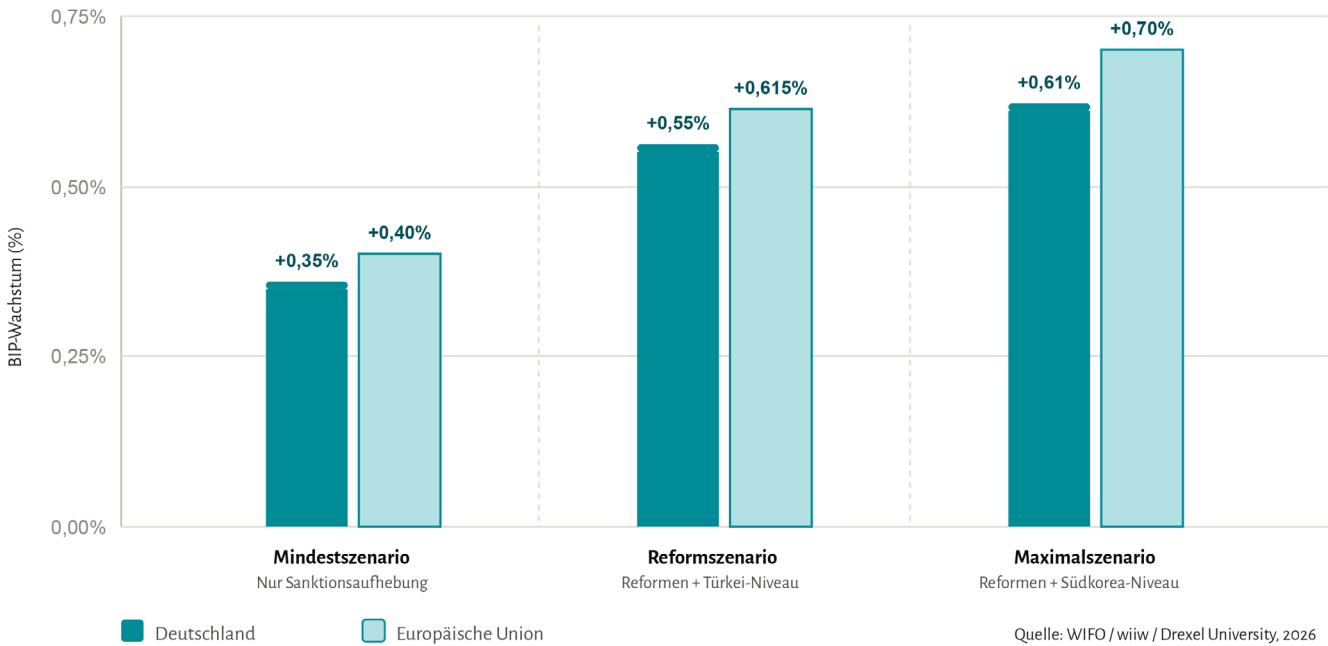
Reza Ahmadi ist Finanz- und Wirtschaftsexperte mit einem fundierten akademischen Hintergrund. Er besitzt einen Master-Abschluss in Finanz- und Unternehmensmanagement aus Deutschland sowie einen weiteren Master-Abschluss in internationaler Wirtschaft von der Graduate School of America in Frankreich. In seiner wissenschaftlichen Arbeit befasst er sich mit der Analyse wirtschaftspolitischer Zusammenhänge und Fragen der politischen Ökonomie.

Auf den ersten Blick wird die Diskussion über die Zukunft des Iran meist im Zusammenhang mit Sicherheit, Außenpolitik oder Menschenrechten geführt. Eine Studie von Ökonomen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) und der Drexel University zeigt jedoch, dass ein politischer Wandel im Iran zu einer der wichtigsten wirtschaftlichen Chancen für Europa im kommenden Jahrzehnt werden könnte.

Die Studie versucht, die wirtschaftlichen Folgen einer Rückkehr Irans in die Weltwirtschaft zu modellieren. Die Ergebnisse sind bemerkenswert: Nach den vorgelegten Schätzungen könnte allein die Aufhebung der europäischen Sanktionen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Iran langfristig um mehr als 80% erhöhen. Gleichzeitig würde das BIP Deutschlands und der Europäischen Union um etwa 0,3 bis 0,4% wachsen. Für Deutschland entspräche dies zusätzlichen jährlichen Einnahmen von nahezu 13 Milliarden Euro, für die Europäische Union entspräche dies einem jährlichen Mehrwert von über 54 Milliarden Euro.¹



BIP-Wachstum durch Irans Wiedereingliederung – drei Szenarien
Prozentualer Anstieg des BIP gegenüber Basisprognose · Quelle: WIFO / wiiw / Drexel University, 2026



1 https://www.ifo.de/DocDL/EconPol_PolicyBrief_81.pdf

Dies stellt jedoch lediglich das Mindestszenario dar.

Die Ökonomen der Studie untersuchten auch ambitioniertere Szenarien. Falls der Iran neben der Aufhebung der Sanktionen umfassende institutionelle und wirtschaftliche Reformen umsetzt und seine Produktivität auf das Niveau von Ländern wie der Türkei oder Südkorea anhebt, könnte das Bruttoinlandsprodukt des Landes um 240 bis 390% steigen. In einem solchen Szenario würde das BIP Deutschlands um 0,49 bis 0,61% und das BIP der Europäischen Union um 0,53 bis 0,70% wachsen. Für eine Volkswirtschaft von der Größenordnung der Europäischen Union entspricht dies einem zusätzlichen jährlichen Mehrwert in der Größenordnung von mehreren Dutzend Milliarden Euro.²

Energie – die wichtigste Variable

Die europäische Wirtschaft ist nach wie vor in hohem Maße von der Stabilität der Energiemärkte abhängig. Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, wie Energieschocks das Wirtschaftswachstum Europas beeinträchtigen können. Auch die Spannungen im Zusammenhang mit dem Iran haben in den vergangenen Jahren ähnliche Auswirkungen auf die globalen Energiemärkte gehabt.

Der Internationale Währungsfonds senkte im Jahr 2026 seine Wachstumsprognose für Deutschland aufgrund gestiegener Öl- und Gaspreise infolge regionaler Spannungen im Zusammenhang mit dem Iran. Nach diesen Schätzungen fiel das Wachstum der deutschen Wirtschaft im Vergleich zu früheren Prognosen um 0,3 Prozentpunkte niedriger aus, während gleichzeitig der Inflationsdruck zunahm.

Laut der Studie könnte eine Rückkehr des Iran auf den globalen Energiemarkt das Angebot an Öl und Gas erhöhen, die Preise senken und die Preisschwankungen auf den Energiemärkten dämpfen. Die unmittelbaren Folgen für Europa wären ein geringerer Inflationsdruck, eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sowie eine höhere wirtschaftliche Stabilität.³

Der Iran – Europas vergessener Markt

Der Iran ist nicht nur ein Energieexporteur. Mit mehr als 90 Millionen Einwohnern galt das Land vor der Revolution von 1979 als einer der wichtigsten Absatzmärkte für westliche

2 <https://wiiw.ac.at/economic-implications-for-europe-of-a-potential-regime-transition-and-reintegration-of-iran-into-the-world-economy-pj-394.html>

3 <https://www.wifo.ac.at/en/publication/439806/>

Industriegüter im Nahen Osten.

Laut dem WIFO-Bericht könnte die Rückkehr des Iran in die Weltwirtschaft zu einem Anstieg des bilateralen Handels zwischen dem Iran und Europa um Dutzende bis Hunderte Milliarden US-Dollar pro Jahr führen. Zu den ersten Begünstigten einer solchen Entwicklung würden deutsche Unternehmen in den Bereichen Maschinenbau, Industrierausrüstung, Automobilindustrie, Chemie, Technologie und Infrastruktur gehören.

Für eine Volkswirtschaft wie Deutschland, deren Wachstum in erheblichem Maße auf industriellen Exporten beruht, könnte der Zugang zu einem großen, jungen und weitgehend unerschlossenen Markt von strategischer Bedeutung sein.



Die Straße von Hormus – ein Nadelöhr der europäischen Wirtschaft

Einer der wichtigsten Aspekte für Europa ist die Energiesicherheit.

Eine Studie des ifo Instituts zeigt, dass rund 6,2 Prozent der Rohölimporte der Europäischen Union und 8,7 Prozent der europäischen Flüssigerdgasimporte (LNG) über die Straße von Hormus transportiert werden. Jede Instabilität in dieser Region kann zu einem starken Anstieg der Energiepreise sowie zu Störungen der Lieferketten führen.

Aus dieser Perspektive ist ein stabiler, in die Weltwirtschaft integrierter Iran nicht nur eine wirtschaftliche Chance, sondern auch ein geopolitischer Faktor für die Energiesicherheit Europas.

Die Kosten der Isolation des Iran

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass die jahrzehntelange Konfrontation der Islamischen Republik mit dem Westen zu einem Rückgang ausländischer Investitionen, einer Schwächung des Handels, geringerem Wirtschaftswachstum und einer Erosion wirtschaftlicher Institutionen geführt hat.

Einige internationale Untersuchungen deuten darauf hin, dass die iranische Wirtschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten enorme kumulierte Verluste erlitten hat. Das Ausmaß dieser wirtschaftlichen Schäden wird in einzelnen Studien mit den Folgen verglichen, die Bürgerkriege für die Volkswirtschaften betroffener Länder verursachen – obwohl sich diese Entwicklung im Iran ohne einen großangelegten Bürgerkrieg vollzogen hat.

Diese Situation verdeutlicht, dass ein erheblicher Teil des wirtschaftlichen Potenzials des Iran derzeit ungenutzt bleibt und bei veränderten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wieder erschlossen werden könnte.

Politischer Handlungsrahmen der Europäischen Union für den Iran

Vor dem politischen Übergang und im ersten Jahr nach einem Regimewechsel

I. Phase vor dem Übergang (Pre-Transition)

In dieser Phase steht der Iran weiterhin unter der Herrschaft des bestehenden Regimes. Gleichzeitig rückt die Möglichkeit eines politischen Übergangs zunehmend in die strategischen Kalkulationen Europas vor. Unter diesen Umständen sollte die Politik der Europäischen Union von einer reinen Krisenbewältigung hin zu einer gezielten Vorbereitung auf einen möglichen Übergang übergehen.

1. Strategische Ausrichtung der Europäischen Union

In dieser Phase könnte die Europäische Union einen Ansatz der „aktiven Vorbereitung“ (Active Anticipation) verfolgen. Dieser Ansatz umfasst:

- die Entwicklung einer einheitlichen europäischen Strategie für das Übergangsszenario im Iran;
- die Definition der zentralen europäischen Interessen in den Bereichen Energie, Migration, Sicherheit und Handel;
- die Ausarbeitung eines Fahrplans für die schrittweise Integration des Iran in die internationale Gemeinschaft auf einen Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren, sofern ein politischer Übergang erfolgreich vollzogen wird.

2. Institutionelle und rechtliche Vorbereitung

Die Europäische Union sollte bereits jetzt die institutionellen und rechtlichen Voraussetzungen für ein mögliches Übergangsszenario schaffen. Ziel ist es, im Falle eines politischen Wandels rasch und koordiniert sowie auf Basis vorab definierter Regeln handeln zu können, anstatt lediglich punktuell und reaktiv zu handeln.

Diese Vorbereitung könnte auf drei zentralen Säulen beruhen:

- Einrichtung einer ständigen Spezialeinheit auf Ebene der Europäischen Union unter dem Namen „Iran Transition Task Force“, die mit der Beobachtung politischer Entwicklungen, der Koordination europäischer Maßnahmen sowie der Erarbeitung operativer Szenarien beauftragt ist;
- Festlegung klarer Kriterien für eine zukünftige Zusammenarbeit und schrittweisen Integration, insbesondere in den Bereichen:
 - ▶ Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz;
 - ▶ institutionelle Transparenz und Rechenschaftspflicht;

- ▶ Wahrung der Menschenrechte;
- ▶ Entwicklung hin zu einer wettbewerbsfähigen und verlässlichen Marktwirtschaft;

- Ausarbeitung rechtlicher Rahmenbedingungen für eine bedingte Zusammenarbeit während der Übergangsphase, sodass die Europäische Union ihre Kooperationen entsprechend den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen ausweiten oder im Falle zunehmender Instabilität gezielt einschränken kann.

3. Begrenzte und kontrollierte wirtschaftspolitische Instrumente

In einer Phase politischer Instabilität sollte das Ziel der Europäischen Union nicht in einer vollständigen Liberalisierung der Wirtschaft liegen. Vorrangig ist vielmehr die Schaffung begrenzter und kontrollierter Mechanismen, um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern und die Risiken für wirtschaftliche Akteure zu reduzieren.

Dieser Ansatz könnte auf drei zentralen Instrumenten beruhen:

- **Humanitäre und Energiekorridore** Diese Korridore schaffen klar definierte Wege für den Handel mit lebenswichtigen Gütern wie Arzneimitteln, Lebensmitteln, medizinischer Ausrüstung sowie ausgewählten Gütern für den Energiesektor. Ihr Hauptziel besteht darin, eine humanitäre Krise zu verhindern und die Funktionsfähigkeit zentraler wirtschaftlicher Infrastrukturen aufrechtzuerhalten, ohne damit eine vollständige Handelsöffnung zu bedeuten.
- **Vorbereitung bedingter Kreditlinien über europäische Finanzinstitutionen** Im Rahmen dieses Instruments würden begrenzte finanzielle Mittel einer Übergangsregierung oder entsprechenden Übergangsstrukturen zur Verfügung gestellt. Die Mittel würden jedoch schrittweise freigegeben und an klar definierte Bedingungen geknüpft. Der Zugang zu diesen Ressourcen könnte von Kriterien wie makroökonomischer Stabilität, finanzieller Transparenz und institutionellen Reformfortschritten abhängig gemacht werden. Dieses Instrument dient sowohl der finanziellen Unterstützung als auch der Förderung wirtschaftlicher Disziplin.
- **Entwicklung politischer Risikoversicherungen für europäische Unternehmen** Ziel dieses Instruments ist die Verringerung der Investitionsrisiken, die Stärkung des Vertrauens potenzieller Investoren sowie die Schaffung von Anreizen für ein privates Engagement in einem Umfeld hoher Unsicherheit. Politische Risikoversicherungen können dazu beitragen, private Investitionen bereits in

einer frühen Phase des Übergangs zu ermöglichen und damit die wirtschaftliche Stabilisierung zu unterstützen.

4. Diplomatie und institutioneller Einfluss

In dieser Phase besteht das Ziel darin, ein Mindestmaß an Interaktion aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die Voraussetzungen für einen möglichen politischen Übergang zu schaffen, ohne dass diese Kontakte als vollständige Legitimierung der bestehenden Verhältnisse verstanden werden.

Dieser Ansatz könnte folgende Maßnahmen umfassen:

- Aufrechterhaltung diplomatischer Kanäle auf Mindestniveau, um Krisen zu bewältigen und einen vollständigen Abbruch der Kommunikationswege zu verhindern;
- Aufbau und Stärkung von Netzwerken zwischen Experten, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft, um bestehende Kommunikations- und Kooperationskanäle zu erhalten sowie das gegenseitige Verständnis zu fördern;
- Beobachtung und Analyse der wirtschaftlichen Machtstrukturen mit dem Ziel, jene Schlüsselakteure und Institutionen zu identifizieren, die in einer Phase nach einem möglichen Übergang eine maßgebliche Rolle spielen könnten.

II. Phase: Erstes Jahr nach dem Regimewechsel (Post-Transition Year +1)

Im ersten Jahr nach dem Zusammenbruch des bisherigen Regimes verlagert sich der Schwerpunkt der Politik der Europäischen Union von der Vorbereitung zur Stabilisierung (Stabilisation). Diese Phase kann entscheidend für den Erfolg oder das Scheitern des politischen Übergangsprozesses sein.

1. Strategische Priorität: Stabilisierung der Übergangsstrukturen

Die Europäische Union sollte in dieser Phase folgende Ziele verfolgen:

- bedingte politische Unterstützung für eine Übergangsregierung bzw. -strukturen;
- enge Koordination mit den Vereinten Nationen sowie regionalen Akteuren, um ein Machtvakuum zu verhindern;
- Verhinderung des Zerfalls staatlicher Institutionen sowie Reduzierung des Risikos eines Bürgerkriegs.



2. Wirtschaftliches Stabilisierungspaket (Stabilization Package)

Um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern, könnte ein kurzfristiges und zielgerichtetes Unterstützungsprogramm (analog dem Marshall-Plan) aktiviert werden. Ein solches Stabilisierungspaket könnte folgende Maßnahmen umfassen:

- Bereitstellung finanzieller Soforthilfe zur Stabilisierung der Gesamtwirtschaft und zur Sicherung der makroökonomischen Stabilität;
- unverzügliche Aktivierung eines Fonds für den Wiederaufbau und die Modernisierung kritischer Infrastrukturen;
- kontrollierte Liberalisierung des Handels mit lebenswichtigen Gütern;
- Unterstützung des Bankensystems zur Vermeidung einer Liquiditätskrise.

3. Neugestaltung des Finanz- und Investitionssystems

Sobald die Ausgangsbedingungen stabilisiert sind, sollte der Schwerpunkt auf dem Wiederaufbau des Finanzsystems, der Reform der Investitionsstrukturen, der Gewinnung von Auslandskapital und der Schaffung eines berechenbaren Umfelds für wirtschaftliche Aktivitäten liegen – ein Prozess, der für den langfristigen Erfolg des Übergangsprozesses eine entscheidende Rolle spielen wird.



Über den Iran hinaus

Wichtig ist, dass sich diese Debatte nicht ausschließlich auf das Wirtschaftswachstum des Iran bezieht.

Europa war in den vergangenen Jahren mit einem schwachen Wirtschaftswachstum, einer Energiekrise, einer nachlassenden industriellen Wettbewerbsfähigkeit sowie anhaltendem Inflationsdruck konfrontiert. Unter diesen Bedingungen könnte selbst ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union um 0,5 bis 0,7 Prozent erhebliche positive Auswirkungen auf Investitionen, Beschäftigung und Steuereinnahmen haben.

Aus politisch-ökonomischer Perspektive ist die Iran-Frage daher nicht allein ein sicherheitspolitisches Thema. Eine erneute Integration des Iran in die Weltwirtschaft könnte eine ähnliche Rolle spielen wie die Öffnung der osteuropäischen Märkte nach dem Ende des Kalten Krieges: die Entstehung eines neuen Absatzmarktes, der Zugang zu zusätzlichen Energiequellen, die Erschließung neuer Handelsrouten sowie die Schaffung eines potenziellen Wachstumsmotors für die europäische Wirtschaft.

Allerdings beruhen all diese Szenarien auf einer grundlegenden Voraussetzung: einem erfolgreichen politischen Übergang, der Etablierung rechtsstaatlicher Strukturen, der Umsetzung wirtschaftlicher Reformen, einer höheren institutionellen Transparenz sowie dem Wiederaufbau des internationalen Vertrauens. Ohne diese Voraussetzungen bleiben die wirtschaftlichen Prognosen und Schätzungen rein hypothetischer Natur.

Sollten diese Bedingungen jedoch erfüllt werden, könnte sich eine der größten bislang isolierten Volkswirtschaften der Welt zu einer der bedeutendsten Wachstumschancen für Europa und die westlichen Industriestaaten entwickeln. Der Iran ist eine Chance, die die EU ernst nehmen sollte – denn andere werden es tun.



Ein Demonstrant hämmert auf die Berliner Mauer ein, während Grenzsoldaten der DDR vom Brandenburger Tor aus zusehen, 11. November 1989. Foto: Stringer/Reuters

**Dauerhafte
Sicherheit in der
Straße von Hormus:
Sicherheit für Europa**



Warum Europa und Deutschland vor einer strategischen Entscheidung stehen?



Mahmoudreza Momeni, Ph.D.,

Doktor der Atmosphärenwissenschaften
Seniorwissenschaftler am Institut für Umwelt sowie am Zentrum für
Umweltmodellierung zur Politikgestaltung der Universität von North Carolina

1. Die geopolitische Bedeutung der Straße von Hormus

Geografische Lagen können eine Bedeutung entfalten, die weit über ihre physischen Dimensionen hinausgeht und erheblichen Einfluss auf die Weltwirtschaft sowie auf die internationale Sicherheit ausübt. Solche Orte, die in der geopolitischen Literatur häufig als strategische Engpässe bezeichnet werden, fungieren als zentrale Korridore für den Transport von Energie, Rohstoffen und globalen Handelsströmen. Unter diesen Engpässen nimmt die Straße von Hormus eine herausragende Stellung ein. Die US-amerikanische Energieinformationsbehörde (EIA) stuft die Straße von Hormus als den weltweit wichtigsten Engpass für den Öltransport ein, da an keinem anderen Ort der Erde eine vergleichbar große Energiemenge durch einen derart engen geografischen Korridor transportiert wird (EIA, 2025).

Laut der EIA passierten im Jahr 2024 täglich etwa 20 Millionen Barrel Rohöl, Kondensate und Erdölprodukte die Straße von Hormus. Dieses Volumen entsprach rund 20 Prozent des weltweiten Ölverbrauchs und nahezu einem Viertel des gesamten globalen seegestützten Ölhandels (EIA, 2025).

Auch für den globalen Markt für Flüssigerdgas (LNG) ist die Straße von Hormus von zentraler Bedeutung. Rund 20 Prozent des weltweiten LNG-Handels verlaufen über diese Route, wobei der Großteil aus Katar stammt (EIA, 2025).

Die Internationale Energieagentur (IEA) berichtete, dass im

Jahr 2025 mehr als 110 Milliarden Kubikmeter LNG durch die Straße von Hormus transportiert wurden, während etwa 93% der LNG-Exporte Katars und 96% der LNG-Exporte der Vereinigten Arabischen Emirate von dieser Wasserstraße abhängig waren (IEA, 2025). Die ausgeprägte Abhängigkeit vom freien Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus bewirkt, dass jede Beeinträchtigung dieser Route innerhalb kürzester Zeit globale energie- und sicherheitspolitische Auswirkungen entfaltet.

Der Konflikt von 2026 zwischen der Islamischen Republik Iran, Israel und den Vereinigten Staaten rückte die Bedeutung der Straße von Hormus für globale Lieferketten wieder in den Mittelpunkt. Während der Krise ging der maritime Verkehr durch die Straße von Hormus stark zurück, da Reedereien, Versicherer und Energieunternehmen ihre regionalen Aktivitäten reduzierten oder vorübergehend einstellten. Wie Reuters berichtete, stiegen die US-Ölexporte daraufhin auf einen Rekordwert von 5,6 Millionen Barrel pro Tag (bpd), während energieverbrauchende Länder gezwungen waren, auf strategische Reserven zurückzugreifen, um Versorgungsengpässe abzumildern (Reuters, 2026). Gleichzeitig stellte die UNCTAD fest, dass die Störungen in der Straße von Hormus nicht nur die Energiemärkte, sondern auch den Welthandel mit Düngemitteln, Chemikalien und lebenswichtigen Gütern beeinträchtigten. Die Organisation warnte, dass eine anhaltende Krise schwerwiegende Folgen für Länder haben könnte, die auf Energie- und Lebensmittelimporte angewiesen sind (UNCTAD, 2026).

2. Die Straße von Hormus und die globale Energiesicherheit

Die EIA schätzt, dass selbst bei maximaler Auslastung der bestehenden alternativen Pipelines in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten nur ein geringer Teil der regionalen Exporte erfolgreich um die Straße von Hormus herumgeleitet werden könnte. Die kombinierte Durchsatzkapazität dieser Alternativrouten wird auf 6 bis 7 Millionen Barrel pro Tag geschätzt, während durch die Wasserstraße üblicherweise fast 20 Millionen Barrel pro Tag transportiert werden (EIA, 2024). Ein vollständiger Stopp des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus würde daher abrupt rund 13 bis 14 Millionen Barrel pro Tag vom Weltmarkt nehmen. Zum Vergleich: Dieses Angebotsdefizit übersteigt die gesamte tägliche Produktionskapazität Russlands wie auch Saudi-Arabien jeweils für sich.

Eine vergleichbare Verwundbarkeit prägt den Erdgassektor. Die Internationale Energieagentur (IEA) stellt fest, dass rund 20 Prozent des weltweiten LNG-Handels über diesen Korridor abgewickelt werden. Europas zunehmende Abhängigkeit von LNG, die durch die Lieferkettenumstrukturierung infolge des Ukraine-Kriegs weiter verstärkt wurde, macht die Sicherheit dieser Wasserstraße zu einem zentralen Faktor für die europäische Energiesicherheit und die Resilienz des Energiesystems. Die Krise hat gezeigt, dass selbst wenn ein Teil der regionalen Energieexporte erfolgreich über alternative Pipelines umgeleitet werden kann, keine bestehende Infrastruktur die Straße von Hormus vollständig zu ersetzen vermag. Letztlich unterstrich die rasche und volatile Reaktion der globalen Energiemärkte eine strukturelle Realität, die politischen Entscheidungsträgern seit Langem bewusst ist: Die Straße von Hormus bleibt der wichtigste Energieengpass der globalen Wirtschaft.

Für Europa und insbesondere für Deutschland geht die Sicherheit der Straße von Hormus über herkömmliche geopolitische Belange hinaus. Sie bildet eine unverzichtbare Säule der nationalen Wirtschaftssicherheit, der industriellen Resilienz und der langfristigen energiewirtschaftlichen Stabilität.

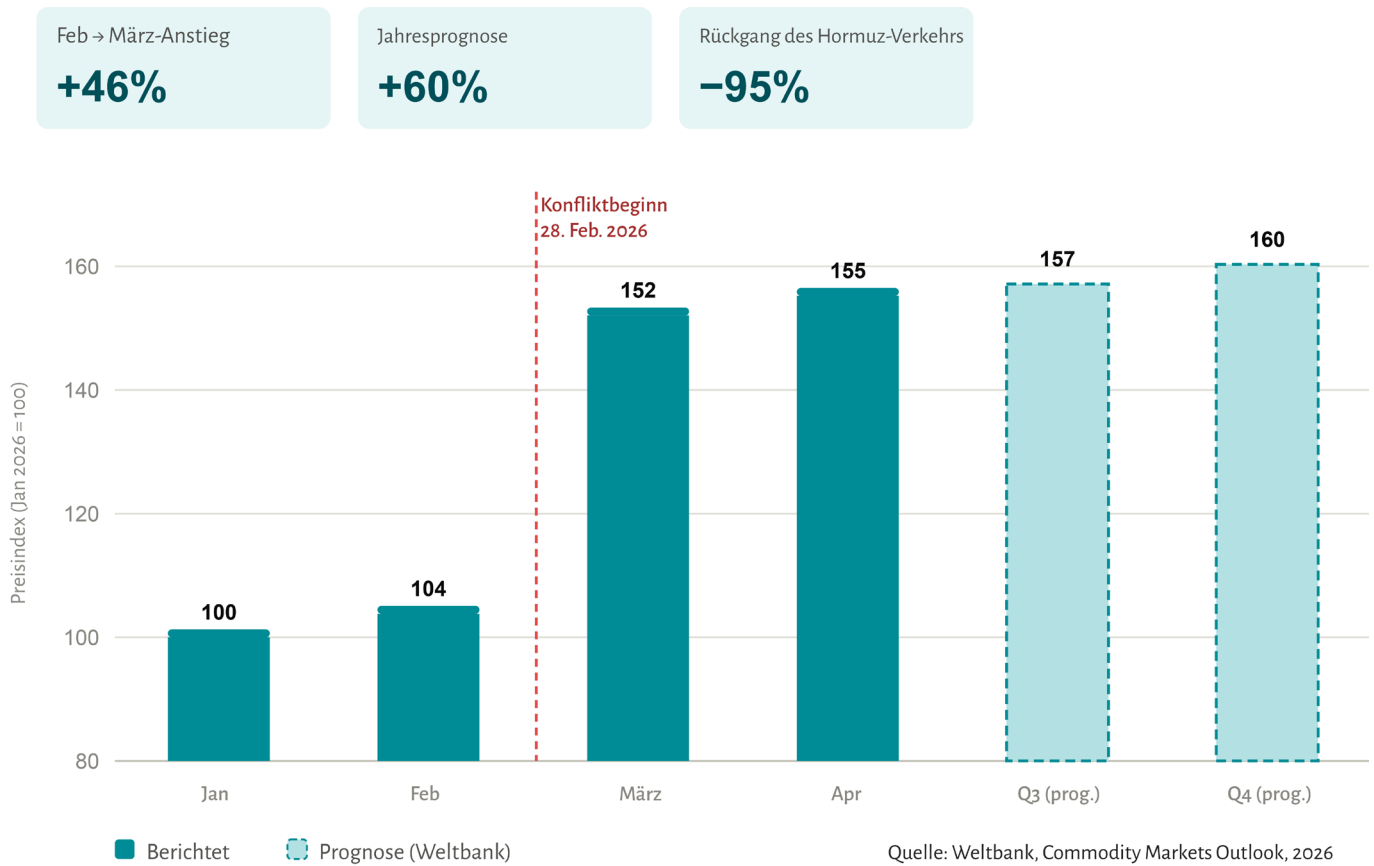
3. Die Straße von Hormus, der globale Düngemittelmarkt und die Ernährungssicherheit: Der übersehene Engpass globaler Ernährungssicherheit

Die Entwicklungen des Jahres 2026 haben deutlich gemacht, dass die strategische Bedeutung der Straße von Hormus weit über den Bereich der Kohlenwasserstoffe hinausreicht. Die Meerenge hat sich zugleich zu einer zentralen Verkehrsader des globalen Düngemittelhandels entwickelt. Störungen des Schiffsverkehrs in diesem Korridor wirken sich daher unmittelbar auf landwirtschaftliche Produktionssysteme weltweit aus.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die Golfregion ihre Stellung als eines der wichtigsten globalen Zentren der Stickstoffdüngerproduktion gefestigt. Die umfangreichen Erdgasreserven Katars, Saudi-Arabien, der Vereinigten Arabischen Emirate und Irans haben es diesen Staaten ermöglicht, zu führenden Produzenten von Ammoniak, Harnstoff und daraus abgeleiteten landwirtschaftlichen Vorprodukten aufzusteigen. Nach Angaben der UNCTAD wird etwa ein Drittel des weltweiten seegestützten Düngemittelhandels – entsprechend nahezu 16 Millionen Tonnen pro Jahr – durch die Straße von Hormus transportiert. Darüber hinaus entfallen rund 13 Prozent der weltweiten Exporte von Stickstoffdüngern und 9 Prozent der weltweiten Exporte von Phosphatdüngern auf die Staaten des Persischen Golfs.

Vor 2026 hatten zahlreiche Analysten gewarnt, dass eine Schließung der Straße von Hormus eine Inflationskrise auslösen könnte, die weit über die Energiemärkte hinausginge. Der Konflikt von 2026 zwischen der Islamischen Republik Iran, Israel und den Vereinigten Staaten lieferte die erste empirische Bestätigung dieser systemischen Befürchtungen. Mit der Eskalation der Kampfhandlungen und der massiven Einschränkung des Seeverkehrs dokumentierte die UNCTAD einen Rückgang des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus um mehr als 95 Prozent, wodurch der globale Düngemittelhandel praktisch zum Erliegen kam. Die Weltbank berichtete, dass die globalen Harnstoffpreise allein zwischen Februar und März 2026 um etwa 46 Prozent stiegen – was einen der stärksten Preisschocks bei Düngemitteln seit der Energiekrise 2022 darstellte. In einer nachfolgenden Einschätzung prognostizierte die Weltbank, dass die Harnstoffpreise im Laufe des Jahres 2026 insgesamt um fast 60 Prozent ansteigen könnten, wodurch der globale Düngemittelpreisindex möglicherweise auf den höchsten Stand seit 2022 getrieben würde.





Letztendlich hat die Krise von 2026 gezeigt, dass die langjährigen Warnungen bezüglich der globalen Agrarmärkte keine theoretischen Übertreibungen waren. Vielmehr legten sie eine strukturelle Schwachstelle im Kern des globalen Ernährungssystems offen. Die Ereignisse dieses Jahres machten deutlich, dass die Straße von Hormus nicht nur einen kritischen Energieengpass darstellt, sondern auch als primäres und häufig übersehenes Tor für den internationalen Düngemittelmarkt und damit für die globale Ernährungssicherheit fungiert.

Laut Indikatoren der Weltbank stieg der globale Düngemittelpreisindex im ersten Quartal 2026 um mehr als 12 Prozent; dabei verzeichnete Harnstoff unter den wichtigsten landwirtschaftlichen Inputs den stärksten Preisanstieg. Reuters berichtete, dass die Europäische Union die Einfuhrzölle auf mehrere stickstoffhaltige Düngemittel – darunter Harnstoff und Ammoniak – vorübergehend ausgesetzt habe, um Landwirte vor den stark steigenden Betriebskosten abzusichern. Diese Maßnahme spiegelte die wachsende Besorgnis europäischer Entscheidungsträger über die kumulierenden Auswirkungen der Hormus-Krise auf die inländischen Ernteerträge und die Lebensmittelpreisinflation wider.

Gleichzeitig warnten internationale Organisationen davor, dass die verminderte Verfügbarkeit von Düngemitteln im Vorfeld kritischer Pflanzzyklen die Getreideproduktion in mehreren wichtigen Agrarregionen drosseln und möglicherweise eine neue Welle strukturellen Inflationsdrucks auf den globalen Lebensmittelmärkten auslösen könnte. Die Krise von 2026 hat ein grundlegendes Paradigma offengelegt: Die globale Ernährungssicherheit ist in gleichem Maße grundlegend von der langfristigen Sicherheit und Stabilität der Straße von Hormus abhängig wie die globale Energiesicherheit. Dabei ist entscheidend, dass zwar viele souveräne Staaten strategische Erdölreserven unterhalten, um Versorgungsengpässe abzufedern, es jedoch keine vergleichbare globale Struktur oder einen vergleichbaren Vorratsmechanismus für Düngemittel gibt. Folglich können systemische Schwankungen auf den Düngemittelmärkten länger anhaltende und hartnäckigere strukturelle Folgen nach sich ziehen als vergleichbare Störungen auf den Rohölmärkten.

4. Die Straße von Hormus, die globale Schifffahrt und die Seeversicherung: Eine Lebensader des globalen Seehandels

Die Rolle der Straße von Hormus für die globale Seelogistik wurde regelmäßig von ihrer zentralen Bedeutung für die Kohlenwasserstoffmärkte überschattet. Tatsächlich fungiert die Straße jedoch als weit mehr als ein bloßer Energietransportkorridor. Sie stellt eine der wichtigsten Verkehrsadern für den internationalen Handel dar und ermöglicht den Transport von Rohöl, LNG, petrochemischen Derivaten, Düngemitteln, industriellen Rohstoffen sowie einer breiten Palette von Fertigwaren.

Laut von Reuters und der UNCTAD zusammengefassten Daten passierten vor Ausbruch der Kampfhandlungen täglich etwa 125 bis 140 Handelsschiffe die Straße von Hormus. Auf dem Höhepunkt der Krise 2026 brach der tägliche Durchsatz jedoch auf 6 bis 11 Schiffe ein, was einem Einbruch von rund 95 Prozent entsprach. Infolgedessen leiteten zahlreiche globale Schifffahrtskonzerne ihre Flotten vollständig um, sodass Dutzende Öltanker und Handelscontainerschiffe im Persischen Golf strandeten oder untätig lagen.

Eine der unmittelbarsten Marktreaktionen auf den Konflikt war ein drastischer Anstieg der Seefrachtraten. Reuters berichtete, dass die Spot-Charterraten für Rohöltanker auf bestimmten Routen im Nahen Osten die Marke von 500.000 US-Dollar pro Tag überschritten – ein Vielfaches des Vorkrisenniveaus. Auch die Transportkosten für Flüssigerdgas

(LNG) stiegen rasant: Die Tagescharterraten für spezialisierte LNG-Tanker legten auf stark nachgefragten Routen um mehr als 40 Prozent zu.

Die wohl wichtigste Lehre der Krise von 2026 für die Schifffahrtsbranche war die entscheidende Rolle der Seeversicherer. In der Anfangsphase des Konflikts setzten zahlreiche Versicherer den Kriegsrisikoschutz für Schiffe im Persischen Golf aus oder bewerteten ihn nachdrücklich neu. Reuters berichtete, dass große Protection and Indemnity (P&I)-Clubs und Versicherungsgesellschaften – darunter Gard, Skuld, NorthStandard und der London P&I Club – entweder bestehende Deckungen zurückzogen oder erhebliche Änderungen ihrer Underwriting-Praxis vornahmen, sodass Reeder gezwungen waren, neue Policen zu deutlich höheren Prämien abzuschließen.

Laut Reuters stiegen die Prämien für Kriegsrisikoversicherungen für Very Large Crude Carriers (VLCCs) und große Tanker von etwa 0,25 Prozent des gesamten Rumpfwertes vor dem Konflikt auf fast 3 Prozent im Krisenverlauf. Für einen Tanker im Wert von 250 Millionen US-Dollar wirkte sich diese Wertsteigerung in einer schier unglaublichen Versicherungskostenbelastung von rund 7,5 Millionen US-Dollar für eine einzelne Passage aus – gegenüber etwa 625.000 US-Dollar unter normalen Seeverkehrsbedingungen. In der Praxis wurden diese stark gestiegenen Kosten systematisch entlang der Wertschöpfungskette auf die Endverbraucher überwältigt, was sich in höheren Preisen für Rohöl, Erdgas, Industrieprodukte und Fertigwaren niederschlug.

Viele Schiffe befanden sich am 18. Juni noch in der Nähe der Straße von Hormus. © Reuters



5. Die wirtschaftlichen Folgen von Störungen in der Straße von Hormus für Europa und Deutschland

Im europäischen Vergleich weist Deutschland eine strukturelle Anfälligkeit gegenüber externen Energieschocks auf. Das exportorientierte Industriemodell des Landes basiert streng auf zuverlässiger, bezahlbarer und kalkulierbarer Energieversorgung; seine Chemie-, Stahl-, Automobil- und Schwermaschinenindustrie zählen zu den größten Energieverbrauchern Europas.

Reuters berichtete, dass der Sachverständigenrat zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angesichts der zunehmenden Inflation und der Volatilität infolge der Hormus-Krise seine Prognose für das reale BIP-Wachstum 2026 von 0,9 auf 0,5 Prozent gesenkt habe. Sollte die Krise anhalten, könnte das deutsche Wirtschaftswachstum nach Einschätzung des Rates auf rund 0,2 Prozent einbrechen, während die Gesamtinflation auf etwa 3,5 Prozent ansteigen könnte.

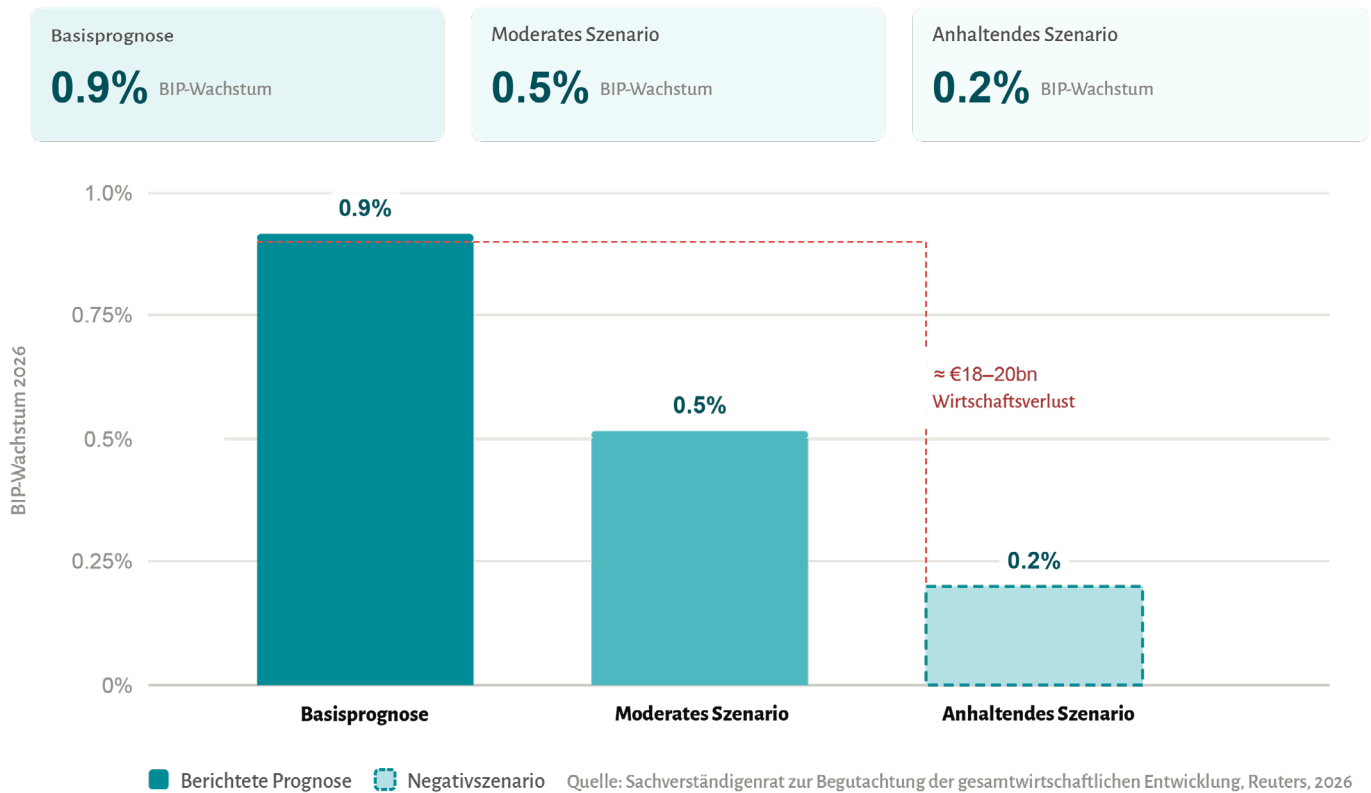
Angesichts der absoluten Größenordnung der deutschen Wirtschaft entspricht eine makroökonomische Abschwächung dieses Ausmaßes einem geschätzten Verlust von 18 bis 20 Milliarden Euro an innerer Wirtschaftsleistung. Dies verdeutlicht, dass selbst bei fehlenden direkten Rohöllieferungen aus dem Persischen Golf in deutsche Häfen systemische Störungen in der Straße von Hormus

die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes durch die tiefe Einbindung in die globalen Märkte erheblich untergraben.

Die deutsche Chemieindustrie gehörte zu den ersten Industriezweigen, die den Schock unmittelbar zu spüren bekamen. Die Branche ist in erheblichem Maße auf Erdgas angewiesen und nutzt es nicht bloß als Energiequelle für Produktionsprozesse, sondern auch als kritischen, unersetzlichen Ausgangsstoff für die Synthese komplexer chemischer Derivate.

Reuters berichtete, dass der Sektor laut Verband der Chemischen Industrie (VCI) im ersten Quartal 2026 einen Produktionsrückgang um 6 Prozent und einen Umsatzrückgang um 5,4 Prozent hinnehmen musste. Als Haupttreiber für diesen Abschwung wurden die drastisch gestiegenen Energiekosten sowie die teuren Rohstoffbeschaffungskosten identifiziert.

Die strukturellen Auswirkungen dieses Rückgangs reichen weit über eine einzelne Branche hinaus. Da die deutsche Chemieindustrie als fundamentales Drehkreuz für die breiteren industriellen Lieferketten Europas fungiert, hat die gedrückte Produktionsleistung in diesem Knotenpunkt kaskadenartige Auswirkungen auf die Automobilindustrie, die Pharmaindustrie, die gewerbliche Landwirtschaft und den Maschinen- und Anlagenbau auf dem Kontinent.



Konkret wirkte die Krise von 2026 als verstärkender Katalysator für:

1. stark steigende Rohölpreise auf den internationalen Energiemärkten;
2. ansteigende Großhandelspreise für Erdgas, insbesondere innerhalb europäischer Hub-Architekturen;
3. überhöhte Kosten für landwirtschaftliche Düngemittel, die die globalen Erzeugerkosten in die Höhe trieben;
4. unerschwingliche Kosten für den Seetransport und Umstrukturierungen von Schifffahrtskorridoren;
5. aggressiven Anstieg der Risikoprämien in der Seeversicherung für Hochrisikogebiete;
6. erhöhte industrielle Betriebskosten in der Fertigungsindustrie und der Schwerindustrie;
7. weit verbreiteten Inflationsdruck, der kaskadenartig auf die Endverbrauchermärkte wirkte;
8. akute operative Belastung innerhalb der integrierten chemischen Verarbeitungssektoren Europas; und
9. erhöhte strukturelle Risiken, die globale Ernährungssicherheitsparadigmen bedrohen.

Unter diesen integrierten Bedingungen sind selbst souveräne Staaten, die keine direkte Importabhängigkeit von Kohlenwasserstoffen aus dem Nahen Osten aufweisen, über die Einbindung in globale Preisschwankungen betroffen. Die empirischen Erkenntnisse der Krise von 2026 haben somit die hochintegrierte Architektur der globalen Energiemärkte unmissverständlich unterstrichen und verdeutlicht, wie eine lokale Störung innerhalb eines einzigen strategischen Engpasses systemische, weltweite makroökonomische Folgen auslösen kann.

6. Die Zukunft der Straße von Hormus, regionale Stabilität und Europas strategische Interessen

Der Konflikt zeigte, dass selbst ohne einen gravierenden Rückgang des physischen Angebots geopolitische Unsicherheit allein als Inflationstreiber wirkt, der in der Lage ist, Energiepreise in die Höhe zu treiben, Transportkosten zu erhöhen, Seeversicherungsprämien zu steigern und langfristige Kapitalinvestitionen zu dämpfen.

Angesichts der geografischen Lage Irans ist eine langfristige Lösung für die Sicherheit der Straße von Hormus ohne die aktive Beteiligung Teherans unrealistisch. Iran ist der größte Anrainerstaat der Straße von Hormus, was bedeutet, dass politische und sicherheitspolitische Entwicklungen im Land unweigerlich einen direkten und tiefgreifenden Einfluss auf die Sicherheit, die Stabilität und die langfristige Sicherheit

dieses strategischen Korridors ausüben.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Iran und Europa zeigt, dass Phasen innenpolitischer Stabilität im Iran stets mit einer Ausweitung der Handelsbeziehungen zu europäischen Nationen einhergingen. Dieser Zusammenhang ist nicht bloß eine theoretische Annahme, sondern eine dokumentierte historische Realität. In den 1960er und 1970er Jahren entwickelte sich der Iran zu einem der wichtigsten Wirtschaftspartner Europas im Nahen Osten. Europäische Staaten, insbesondere Westdeutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich, spielten eine entscheidende Rolle bei der Modernisierung der iranischen Industrie-, Energie- und Verkehrsinfrastruktur. Deutsche Unternehmen waren tief in die heimische Stahlproduktion, die petrochemische Verarbeitung, die Energieerzeugung und in Projekte der Schwerindustrie eingebunden, während Westdeutschland seine Position als größter Handelspartner Irans in Europa festigte (Abrahamian, 2008; Iranica, 2023). Die weitreichenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Iran, Europa und den Vereinigten Staaten schufen einen funktionalen Rahmen, in dem die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen der Hauptakteure weitgehend übereinstimmten.



Der iranische Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Dr. Esfandiari, bei Staatssekretär Sonnemann, BML, 29. August 1960

Die kumulierten Lehren aus dem Ukraine-Krieg und der Hormus-Krise 2026 haben unmissverständlich gezeigt, dass Europa auf einem volatilen geopolitischen Schauplatz agiert,



auf dem strategische Verflechtungen rasch in strukturelle wirtschaftliche Schwächen degradieren können. Aus dieser Perspektive steht Europa vor einer entscheidenden strategischen Weichenstellung:

- Eine Option besteht darin, an kurzfristigen, reaktiven Politiken festzuhalten, die sich primär auf das taktische Krisenmanagement konzentrieren. In diesem Paradigma bemüht sich Europa lediglich darum, die unmittelbaren Folgen aufeinanderfolgender Lieferkettenstörungen abzufedern, ohne die Treiber regionaler Instabilität zu adressieren.
- Die Alternative ist eine mittelfristige Strategie, die auf die Förderung nachhaltiger und umfassender Stabilität im Nahen Osten zielt. Dieser Ansatz basiert auf der Prämisse, dass dauerhafte Sicherheit in der Straße von Hormus nur dann verwirklicht werden kann, wenn die Anrainerstaaten innere Stabilität, rechenschaftspflichtige Regierungsführung, konstruktive diplomatische Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft und eine gemeinsame Ausrichtung an den Prinzipien des internationalen Handels aufweisen.

Die historische Erfahrung legt nahe, dass eine dauerhafte Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten ohne die aktive Beteiligung und die Zustimmung des iranischen Volkes nicht zu verwirklichen ist. Der Iran ist der größte Anrainerstaat der Straße von Hormus, eine der einflussreichsten geopolitischen Mächte der Region und Inhaber gewaltiger Bodenschätze. Die zukünftige Sicherheit dieser strategischen Wasserstraße ist daher strukturell untrennbar mit der politischen Zukunft Irans verbunden.

7. Europa am historischen Scheideweg: Warum Europa den Iran als zuverlässigen Partner braucht

Die Islamische Republik hat, ähnlich wie Russland, gezeigt, dass sie sich nicht als zuverlässiger Partner in die europäische Sicherheits- und Wirtschaftsarchitektur einfügen lässt. In einer kritischen Phase der europäischen Sicherheitslage nach dem Ukraine-Krieg hat die regionale Haltung der Islamischen Republik makroökonomischen Druck auf Europa und Deutschland ausgeübt. Diese Entwicklungen deuten stark darauf hin, dass Europa nicht nur mit einer vorübergehenden Krise konfrontiert ist, sondern vielmehr mit einem verfestigten, strukturellen Muster regionaler Instabilität.

Die Annahme, dass nachhaltige Sicherheit in der Straße von Hormus unter den gegenwärtigen institutionellen

Rahmenbedingungen der Islamischen Republik wiederhergestellt werden kann, erscheint zunehmend unvereinbar mit den regionalen geopolitischen Realitäten. Eine revisionistische Außenpolitik, die durch asymmetrische Konfrontation, gezielte Eskalation und die Exportation lokaler Krisen gekennzeichnet ist, hat sich tief in die strategische Identität der gegenwärtigen Machthaber Irans eingegraben. Folglich bieten selbst vorübergehende Phasen relativer Ruhe keine Garantie für ein dauerhaftes Gleichgewicht. Nachhaltige Sicherheit erfordert weit mehr als die vorübergehende Abwesenheit kinetischer Konflikte. Sie bedarf berechenbaren institutionellen Verhaltens und einer institutionalisierten, langfristigen regionalen Zusammenarbeit. Aus dieser Perspektive geht die Einbindung innenpolitischer Kräfte, die institutionelle Nachhaltigkeit, gerechte wirtschaftliche Entwicklung und eine robuste regionale Zusammenarbeit fördern können, über eine rein normative oder moralische Präferenz hinaus; sie stellt vielmehr eine absolute strategische Notwendigkeit dar.

Ein solcher Paradigmenwechsel könnte Europa erhebliche positive Sekundäreffekte einbringen. Ein erfolgreicher und nachhaltiger demokratischer Übergang im Iran würde die Wahrscheinlichkeit großangelegter, destabilisierender Migrationsströme auf das europäische Festland deutlich mindern. Umgekehrt werden anhaltende innenpolitische Instabilität, staatliche Repression und systemischer wirtschaftlicher Verfall im Iran unweigerlich akuten Migrationsdruck erzeugen, humanitäre Herausforderungen potenzieren und den europäischen Aufnahmegesellschaften zusätzliche sozioökonomische Belastungen aufbürden. Letztlich steht Europa vor einer unausweichlichen Wahl: Es muss sich entscheiden, ob es als Architekt einer nachhaltigen Lösung agieren oder als passiver Zuschauer der Perpetuierung einer strukturellen Krise verharren will.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nachhaltige Sicherheit in der Straße von Hormus, langfristige geopolitische Stabilität im Nahen Osten sowie die systematische Minderung der Risiken für Europa nur dann verwirklicht werden können, wenn der demokratische Wille des iranischen Volkes bei der Gestaltung der Zukunft seines Landes zur Geltung kommt und wenn die strukturellen Bedingungen die Entstehung einer neuen regelbasierten politischen Ordnung im Iran und in der gesamten Region ermöglichen.

Literaturverzeichnis

- Abrahamian, E. (2008). A History of Modern Iran. Cambridge University Press.
- Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER). (2026). Gas Market Developments and Impact of the Middle East Crisis.
- Amuzegar, J. (1991). The Dynamics of the Iranian Revolution. State University of New York Press.
- Encyclopaedia Iranica. (o. J.). Germany–Iran Relations. Abgerufen von <https://www.iranicaonline.org/articles/germany-i>
- Erisman, J. W., Sutton, M. A., Galloway, J., Klimont, Z., und Winiwarer, W. (2008). How a century of ammonia synthesis changed the world. Nature Geoscience, 1(10), 636–639.
- Euronews. (2026). Europe's trade with Iran: Germany remains Iran's largest trading partner in the EU.
- German Federal Foreign Office. (o. J.). Germany and Iran: Bilateral relations. Abgerufen von <https://www.auswaertiges-amt.de/en/aussenpolitik/laenderinformationen/iran-node/iran-218250>
- Insight Turkey. (o. J.). German-Iranian relations: Geopolitical and economic dimensions.
- International Energy Agency (IEA). (2025). The Middle East and Global Energy Markets.
- MERIP (Middle East Research and Information Project). (1984). West German ties with Iran and Iraq.
- Our World in Data. (o. J.). How many people does synthetic fertilizer feed?
- Reuters. (2026a). EU suspends duties on fertilizers to ease impact of Hormuz crisis on farmers.
- Reuters. (2026b). German chemical industry affected by Middle East conflict.
- Reuters. (2026c). German Economic Council cuts growth forecast as energy prices rise.
- Reuters. (2026d). Iran war dims hopes for German economic recovery.
- Reuters. (2026e). Iran war saddles global companies with billions in additional costs.
- Reuters. (2026f). Key energy and shipping trends after three months of Iran turmoil.
- Reuters. (2026g). Maritime insurance premiums surge as Iran conflict widens.
- Reuters. (2026h). Ship insurers cancel war risk cover due to Iran conflict.
- Reuters. (2026i). Ship operators urge clear rules to return Hormuz to normal.
- Reuters. (2026j). Shipping traffic remains near standstill through Hormuz.

- Reuters. (2026k). Still too risky: Maritime operators remain cautious in gulf waters.
- Reuters. (2026l). US crude exports hit record high as Iran war tightens global oil supplies.
- Smil, V. (2001). Enriching the Earth: Fritz Haber, Carl Bosch, and the Transformation of World Food Production. MIT Press.
- United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD). (2026a). Gas, grain and fertilizer disruptions raise risks for food security and trade.
- United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD). (2026b). Hormuz shipping disruptions raise risks for energy, fertilizers and vulnerable economies.
- United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD). (2026c). Strait of Hormuz disruptions: Implications for global trade and development.
- U.S. Energy Information Administration (EIA). (2025a). About 20% of global LNG trade transited the Strait of Hormuz in 2024.
- U.S. Energy Information Administration (EIA). (2025b). The Strait of Hormuz is the world's most important oil transit chokepoint.
- World Bank. (2026a). Commodity Markets Outlook.
- World Bank. (2026b). Food Security Update.



Waffenstillstand ohne Versöhnung

ANATOMIE DES WAFFENSTILLSTANDS 2026



Warum Deutschland ein mögliches Abkommen zwischen den USA und der Islamischen Republik nicht als strategischen Durchbruch missverstehen sollte

Elahe Ramandi,

geboren in Teheran, begann ihr Studium der Wirtschaftswissenschaften im Iran und schloss später ein Pharmaziestudium in Deutschland ab. In den vergangenen Jahren hat sie sich intensiv mit der Geschichte und Politik des iranischen Raums auseinandergesetzt. Sie schreibt über politische und kulturelle Themen, und ihre Artikel wurden in persischsprachigen Publikationen veröffentlicht. Seit 2023 ist sie Chefredakteurin der Zeitschrift „Iran im Diskurs“.



Eine Werbetafel zu den Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran vor einem Medienzentrum in Islamabad, Pakistan, Samstag, 11. April 2026.
Foto: Anjum Naveed

Die Unterbrechung eines Krieges, nicht das Ende eines Konflikts

Der Krieg des Jahres 2026 zwischen der US-israelischen Koalition auf der einen und der Islamischen Republik auf der anderen Seite begann am 28. Februar 2026. Nach fast achtunddreißig Tagen der Kämpfe trat er mit dem bedingten Waffenstillstand vom 7./8. April in eine neue Phase ein. Dieser Krieg unterschied sich grundlegend vom zwölfjährigen Krieg im Juni 2025. Diesmal waren die Angriffe offen auf die erklärten Ziele eines Regimewechsels sowie auf die Zerstörung von Irans Nuklear- und Raketenprogramm ausgerichtet. Bereits in den ersten Kriegstagen wurde Ali Khamenei, der Oberste

Führer der Islamischen Republik, bei den Angriffen getötet. Anschließend wurde sein Sohn als Nachfolger präsentiert — eine Entwicklung, durch die die Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) zunehmend zur zentralen Quelle politischer Macht in Iran wurden.

Auf den Waffenstillstand vom April folgte kein Frieden, sondern ein prekärer Zermübungskrieg um die Straße von Hormus. Die Verhandlungen in Islamabad im April blieben ergebnislos. US-Vizepräsident JD Vance erklärte, Iran habe Washingtons Bedingungen nicht akzeptiert; daraufhin leiteten die Vereinigten Staaten eine Seeblockade gegen Iran ein. Die heftigen Gefechte vom 7. und 8. Juni markierten die

schwerste Eskalation seit dem Waffenstillstand vom April. Schließlich gaben die Vermittler am 14. Juni ein Memorandum of Understanding bekannt, das am 17. Juni von den Präsidenten der Vereinigten Staaten und Irans unterzeichnet wurde. Das Abkommen eröffnete ein Zeitfenster von sechzig Tagen für Verhandlungen über die endgültigen Bedingungen. Erst ab dem 19. Juni konnten Tanker die Straße von Hormus wieder frei passieren, obwohl Irans neu geschaffene, angeblich für die Meerenge zuständige „Hormuz Authority“ laut PBS und CNN umgehend ankündigte, künftig eine „Abgabe“ zu erheben.

Die Märkte reagierten positiv auf diese Entspannung, und damit kehrte auch die Frage nach Investitionen in Iran in europäische Wirtschaftskreise zurück. Doch genau hier liegt die entscheidende Frage: Stehen wir vor einem historischen Wendepunkt oder lediglich vor der vorübergehenden Unterbrechung einer Krise?

Dieser Beitrag argumentiert, dass die vorliegenden Befunde deutlich stärker für die zweite Möglichkeit sprechen.

Der Unterschied zwischen Deeskalation und Konfliktlösung

In den internationalen Beziehungen bedeutet die Aussetzung von Gewalt noch nicht, dass ein Konflikt gelöst ist. Analytisch lassen sich mindestens fünf unterschiedliche Zustände unterscheiden: Deeskalation, Waffenstillstand, Krisenmanagement, Konfliktlösung und dauerhafter Frieden. Während die ersten drei Kategorien lediglich die Intensität oder Häufigkeit gewaltsamer Auseinandersetzungen reduzieren, zielen die beiden letztgenannten auf die Beseitigung der zugrunde liegenden Konfliktursachen und die Schaffung einer langfristig stabilen Friedensordnung ab.

Einer der Begründer der Friedens- und Konfliktforschung, Johan Galtung, hat diese Unterscheidung mit den Begriffen des „negativen Friedens“ und des „positiven Friedens“ formuliert. Negativer Frieden bezeichnet lediglich die Abwesenheit direkter Gewalt. Positiver Frieden setzt die Beseitigung der strukturellen Ursachen eines Konflikts voraus. Viele Abkommen beenden zwar einen Krieg, lösen den Konflikt jedoch nicht. Sie setzen die Gewalt aus, während die Logik, aus der sie hervorgeht, unangetastet bleibt.

Was sich derzeit zwischen Teheran und Washington vollzieht, ist daher weniger Konfliktlösung als Krisenmanagement. Es ist der Versuch, die Kosten der Konfrontation zu begrenzen; die grundlegenden Ursachen dieser Konfrontation sind jedoch nicht beseitigt. Dauerhafter Frieden wird erst dann möglich, wenn die Konfliktparteien zu dem Schluss gelangen, dass ihre

bisherige Strategie gescheitert ist, und sowohl diese Strategie als auch die politische Logik, auf der sie beruhte, aufgeben. Ein Abkommen ohne eine solche Revision ist bestenfalls eine Pause im Konflikt.

Warum das derzeitige Abkommen instabil ist

Eine Anwendung dieses analytischen Maßstabs auf die gegenwärtige Lage macht deutlich, warum erhebliche Zweifel an der Dauerhaftigkeit des Abkommens bestehen.

Erstens haben die Vereinigten Staaten ihre bisherige Strategie nicht für gescheitert erklärt. Im Gegenteil: Sie sind mit erdrückender militärischer Überlegenheit in den Konflikt eingetreten und betreiben die Verhandlungen nun aus einer Position der Stärke. Des Weiteren hat auch die Islamische Republik weder ihre regionale noch ihre ideologische Strategie infrage gestellt. In den Tagen nach dem Waffenstillstand sprach der Kommandeur der Quds-Brigade der Islamischen Revolutionsgarden laut CNN unter Berufung auf Tasnim von der Schaffung eines neuen „Sicherheitsgürtels des Widerstands“ von der Straße von Hormus bis Bab al-Mandab. Das ist ein Hinweis darauf, dass die Logik regionaler Expansion intakt bleibt.

Zweitens zeigt sich dasselbe Problem in Teherans Forderung, den Libanon in die Waffenstillstandsvereinbarung einzubeziehen. Dabei handelt es sich keineswegs um eine bloße technische Einzelheit der Verhandlungen. Vielmehr deutet diese Forderung darauf hin, dass die Islamische Republik ihre regionalen Stellvertreterstrukturen und Einflusszonen weiterhin als integralen Bestandteil ihrer Sicherheitsdoktrin betrachtet. Ein Staat, der darauf besteht, den Libanon in eine Waffenstillstandsvereinbarung mit Washington einzubeziehen, hat weder seine Ideologie noch seine geopolitischen Ambitionen aufgegeben. Er verhandelt noch immer als Einflussimperium, nicht wie ein normaler Staat, der Deeskalation anstrebt.

Drittens gibt es auch innerhalb Irans ein ernstes Problem. Das Regime spricht nicht mit einer klaren Stimme. Einige Kräfte der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC), die Präsident Masoud Pezeshkian nahestehen, scheinen ein Abkommen und einen Ausweg aus dem Krieg zu wollen. Andere, die den Kommandeuren der Islamischen Revolutionsgarden nahestehen, sinnen auf Rache für Khamenei und betrachten die Fortsetzung des Krieges als eine Frage der Ehre, der Ideologie und sogar des Regimeerhalts. Abkommen sind fragil, wenn der Staat, der sie unterzeichnet, die Logik des Kompromisses seiner eigenen Elite nicht klar auferlegen kann.

Viertens, und vielleicht am wichtigsten, gibt es das Problem des „Siegesnarrativs“. Die Erfahrungen aus dem zwölfjährigen Krieg von 2025 sind in diesem Zusammenhang aufschlussreich. Damals bezeichnete der Oberste Führer Ali Khamenei diesen Krieg als einen „entscheidenden Sieg“. Dasselbe Muster wiederholt sich 2026: Die Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) und andere Regimeinstitutionen präsentieren bereits das bloße Überleben des Regimes nach einem verheerenden Enthauptungsschlag als Sieg. Eine Regierung, die sich selbst als siegreich betrachtet, hat keinen Anreiz, ihre Politik zu revidieren. Das ist das genaue Gegenteil der Logik des von Zartman beschriebenen „mutually hurting stalemate“ (MHS), den er als Voraussetzung für Konfliktlösung versteht. Nach dieser Logik wird eine nachhaltige Konfliktlösung erst dann möglich, wenn alle Konfliktparteien erkennen, dass die Fortsetzung ihrer bisherigen Strategie für alle Seiten kostspielig geworden ist und keine realistische Aussicht auf Erfolg mehr bietet.

Fünftens hängt das Abkommen in bedenklichem Maße vom Willen einer einzigen Person ab: Donald Trump. Er verlängerte die Waffenstillstände und trieb die Verhandlungen voran. Abkommen, die zu eng an eine einzelne Person gebunden sind, haben in der Regel nur begrenzte Dauerhaftigkeit. Das gilt umso mehr, solange Israel weiterhin offen auf eine Wiederaufnahme des Krieges drängt — bis zur Ausschaltung der Führungsspitze oder bis ein eindeutigeres militärisches Ergebnis erreicht ist. So erklärte der israelische Verteidigungsminister Yoav Katz, Israel sei bereit, die Angriffe fortzusetzen, sobald Washington

grünes Licht gebe. Oppositionsführer Yair Lapid wiederum bezeichnete den Waffenstillstand laut Al Jazeera als eine der „politischen Katastrophen“ in der Geschichte seines Landes.

Im Ergebnis bleibt ein endgültiges Abkommen nach Ablauf der sechzigjährigen MoU-Frist möglich. Die Voraussetzungen für seine Dauerhaftigkeit sind jedoch weiterhin nicht erkennbar.

Reale Chancen für Deutschland?

Die potenziellen Chancen eines Abkommens mit Iran sollten nicht bestritten werden. Sinkende Spannungen bringen den Märkten ein gewisses Maß an Stabilität zurück. Die Wiederaufnahme der Öllieferungen durch die Straße von Hormus, die laut PBS in einer Nacht wieder mehr als 12,5 Millionen Barrel erreichten, senkt die Risikoprämien auf den Energiemärkten. Für die deutsche Volkswirtschaft, deren industrielle Wertschöpfung in erheblichem Maße von einer verlässlichen und wettbewerbsfähigen Energieversorgung abhängt, ist dies von unmittelbarer wirtschaftlicher Bedeutung.

Auch das wirtschaftliche Potenzial Irans ist erheblich. Besonders in den Bereichen Energie, Infrastruktur, Industrieanlagen und Maschinenbau, Verkehr und Logistik, Technologie, Pharmaindustrie sowie Gesundheitswesen bestehen langfristig bedeutende Entwicklungsmöglichkeiten. Deutschland zählt traditionell zu den wichtigsten Handelspartnern Irans. Nach Angaben des Auswärtigen

Amtes erreichte das bilaterale Handelsvolumen im Jahr 2017 mit **3,4 Milliarden** Euro seinen bisherigen Höchststand. Auch in jüngerer Zeit nimmt Deutschland innerhalb der Europäischen Union eine herausgehobene Stellung ein: Im Jahr 2025 entfielen **31,8 Prozent** des gesamten EU-Iran-Handels auf Deutschland (Euronews, 2026).

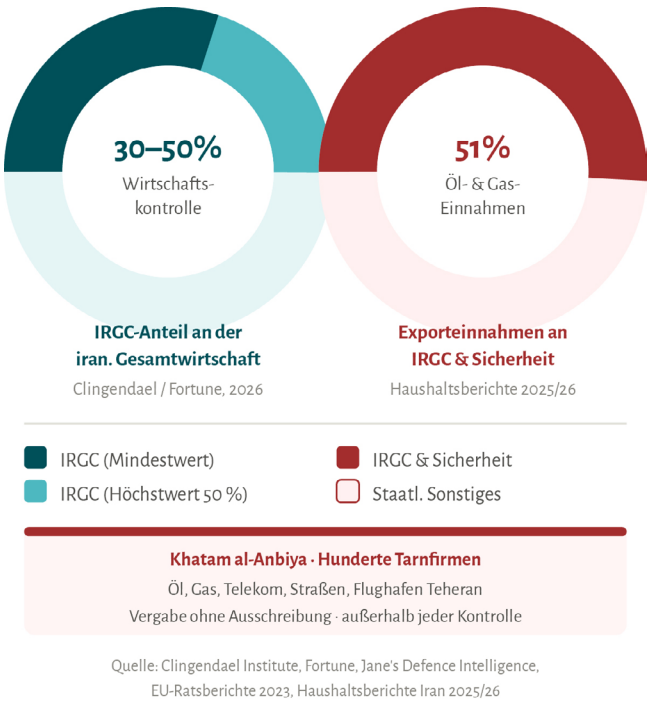
Die traditionellen Schwerpunkte des bilateralen Handels liegen vor allem in den Bereichen Automobilzulieferindustrie, Maschinen- und Anlagenbau sowie pharmazeutische Erzeugnisse. Darüber hinaus stellt Iran den größten Automobilmarkt des Nahen Ostens dar. Sollten die Sanktionen schrittweise gelockert werden, könnten insbesondere deutsche kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – der industrielle Mittelstand – von einer erneuten Öffnung des iranischen Marktes profitieren. Darüber hinaus könnte eine relative Stabilisierung der regionalen Märkte einen positiven Beitrag zur Energieversorgungssicherheit Europas leisten.

Diese Chancen sind zweifellos vorhanden. Wie die folgenden Abschnitte zeigen werden, bedeutet das Vorhandensein wirtschaftlicher Potenziale jedoch weder, dass ihre Realisierung frei von erheblichen Risiken ist, noch, dass sie sich unter den gegenwärtigen politischen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen zwangsläufig verwirklichen werden.

Wer profitiert von einer möglichen wirtschaftlichen Öffnung?

Die entscheidende Frage lautet nicht, ob eine wirtschaftliche Öffnung ökonomische Vorteile schafft, sondern wem diese Vorteile letztlich zugutekommen. Ein Blick auf die Eigentums- und Machtstrukturen der iranischen Wirtschaft lässt erhebliche Zweifel daran aufkommen, dass die potenziellen Gewinne einer Markttöfung breit verteilt würden.

Dieser Aspekt ist von zentraler Bedeutung, da das wirtschaftliche Problem Irans nie ausschließlich in seiner internationalen Isolation bestand. Bereits vor dem Zusammenbruch des **Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA)** infolge des Austritts der Vereinigten Staaten im Mai 2018 und der Wiedereinführung umfassender Sanktionen unterhielt Iran enge wirtschaftliche Beziehungen zu Europa. Darüber hinaus verfügte das Land über weitreichende Wirtschaftsbeziehungen zu China, Russland und weiteren nicht-westlichen Staaten. Die aus diesen Wirtschaftsbeziehungen erzielten Einnahmen führten jedoch weder zu einer spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen der iranischen Bevölkerung noch zu einer nachhaltigen Stärkung der Volkswirtschaft. Stattdessen nahmen Armut und Inflation weiter zu, während erhebliche staatliche Ressourcen für regionale Instabilität, Terrorismus,



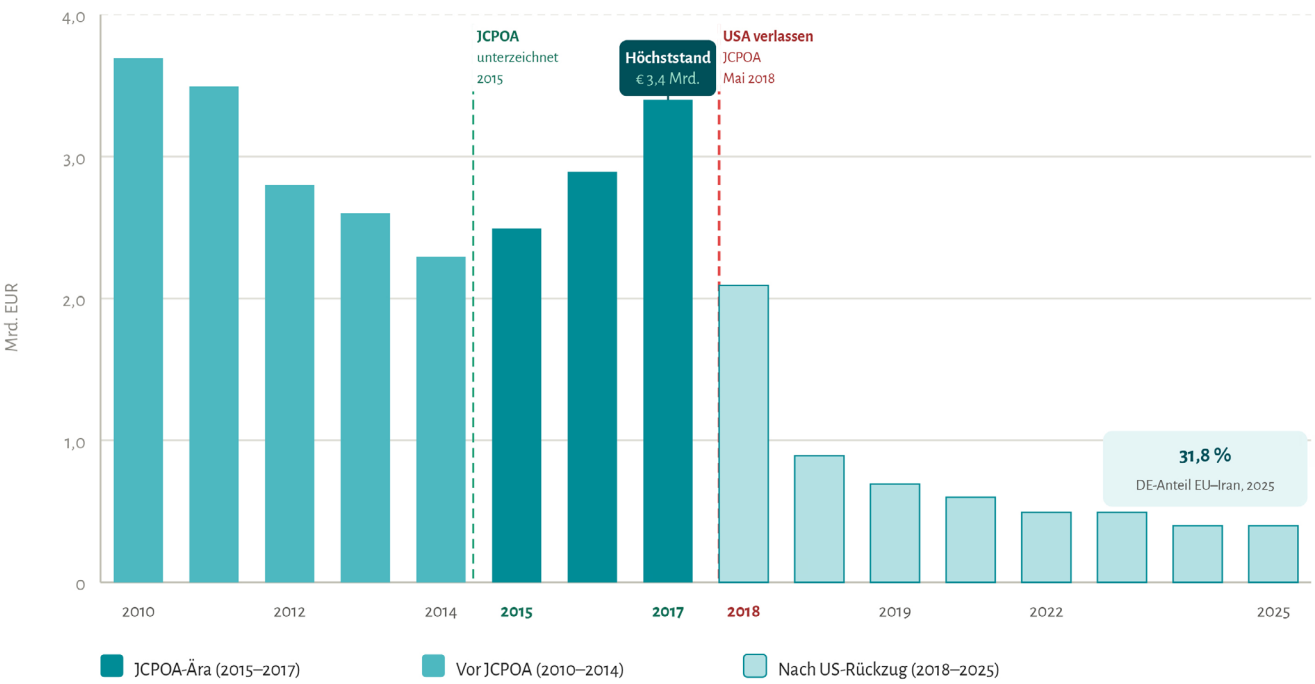
die Unterstützung bewaffneter Stellvertretergruppen und sogar Operationen in Europa selbst eingesetzt wurden.

Die Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) kontrollieren nach unterschiedlichen Schätzungen inzwischen zwischen 30 und 50 Prozent der iranischen Wirtschaft; einzelne Analysen gehen sogar von einem Anteil von mehr als der Hälfte aus. Diese wirtschaftliche Einflussnahme erfolgt insbesondere über das Khatam al-Anbiya Construction Headquarters sowie über ein weit verzweigtes Netzwerk von Stiftungen, Holdinggesellschaften und verbundenen Unternehmen. Nach Analysen des Clingendael Institute, von Fortune und Jane's Defence Intelligence ist Khatam al-Anbiya über Hunderte von Tarn- und verbundenen Firmen in strategischen Wirtschaftssektoren tätig, darunter die Öl- und Gasindustrie, der Staudamm- und Straßenbau, die Telekommunikation sowie der internationale Flughafen Teherans.

Diese Aufträge werden häufig ohne öffentliche Ausschreibung und in einer intransparenten Struktur vergeben, die sich wirksamer Kontrolle weitgehend entzieht. Im Jahr 2023 stufte der Rat der Europäischen Union die IRGC Cooperative Foundation als eine Organisation ein, die zur Finanzierung staatlicher Repressionsmaßnahmen beiträgt. Darüber hinaus weisen Haushaltsberichte darauf hin, dass in den Jahren 2025/2026 rund 51 Prozent der Einnahmen aus den iranischen Öl- und Gasexporten den Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) sowie weiteren Sicherheitsorganen zugewiesen wurden. Die Folge ist, dass ausländische Investitionen tendenziell nicht den privaten Sektor oder die Zivilgesellschaft stärken, sondern überwiegend wirtschaftlichen Strukturen zugutekommen, die

BILATERALER HANDEL · DEUTSCHLAND – IRAN
Handelsvolumen 2010–2025 (in Mrd. EUR)

Quelle: Auswärtiges Amt / Destatis / Euronews, 2026



unter der Kontrolle des Regimes und seiner Sicherheitsorgane stehen. Auch das Sanktionsregime hat diese Entwicklung bislang nicht grundlegend umgekehrt. Nach Einschätzung des **Clingendael Institute** nutzte die Islamische Republik den durch die Sanktionen entstandenen wirtschaftlichen Druck im Rahmen ihrer Strategie der „**Widerstandswirtschaft**“ (**Resistance Economy**), um die wirtschaftliche Dominanz der **Islamischen Revolutionsgarden (IRGC)** weiter auszubauen.

Daher muss die Frage, ob ausländische Investitionen zu einer Veränderung des politischen Verhaltens der Islamischen Republik beitragen können, um eine grundlegendere Fragestellung ergänzt werden: Tragen solche Investitionen nicht zugleich dazu bei, genau jene staatlichen und sicherheitspolitischen Akteure zu stärken, die Europa als sicherheitspolitisches Risiko betrachtet.

Könnte Europa die Fehler des JCPOA wiederholen?

Die europäischen Erwartungen nach dem JCPOA im Jahr 2015 sind ein Beispiel für eine vertane wirtschaftliche Chance: Zwischen 2016 und 2018 drängten zahlreiche große europäische Unternehmen auf den iranischen Markt. Total schloss einen Vertrag zur Erschließung von **Phase 11 des South-Pars-Gasfeldes** ab. Siemens, Daimler, Peugeot, Volkswagen und Renault traten mit großen Erwartungen in den iranischen Markt ein. Doch genau in diesem Zeitraum mäßigte die Islamische Republik ihr regionales Verhalten keineswegs; vielmehr baute sie ihre Stellvertreternetzwerke und ihr Raketenprogramm weiter aus und verschärfte die Repression im Innern. Europa hoffte offenbar, von den wirtschaftlichen Vorteilen eines frühen Markteintritts zu profitieren. Die Lücke zwischen den europäischen Erwartungen und der Realität nach dem JCPOA war jedoch enorm.

Deutschlands nationale Sicherheit: ein Faktor, der nicht ignoriert werden darf

Seit Jahren gilt Iran in deutschen Sicherheits- und Nachrichtendienstberichten als ernsthafte Herausforderung. In den Jahresberichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sowie in Berichten der Landesbehörden – darunter dem Bericht des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz von 2024 – werden das iranische Geheimdienstministerium, die Geheimdienstorganisation der Revolutionsgarden (IRGC) und die Quds Force als zentrale Akteure bei Spionage und verdeckten Operationen genannt. Zudem halten diese Berichte fest, dass iranische Nachrichtendienste auf Mittel des Staatsterrorismus zurückgreifen, darunter Entführungen und gezielte Tötungen.

Die sicherheitsrelevanten Probleme, die deutsche Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit Iran sehen, sind vielfältig. Im Bereich der Einflussnetzwerke wurde das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) im Juli 2024 verboten; ihm wurde vorgeworfen, islamistische Ideologie zu verbreiten und die Hisbollah zu unterstützen. Im Cyberbereich warnte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) vor der Gruppe ‚Charming Kitten‘, die iranische Dissidenten und Exilierte in Deutschland ins Visier nimmt. Im Bereich der Sanktionsumgehung hob die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) Iran im März 2025 als einziges Hochrisikoland für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung hervor. Auch die Financial Action Task Force (FATF) führt Iran seit Oktober 2024 auf ihrer schwarzen Liste.



„Heute haben wir das ‚Islamische Zentrum Hamburg‘ verboten, das eine islamistisch-totalitäre Ideologie propagiert. Es unterstützt die Terroristen der ‚Hisbollah‘ und verbreitet aggressiven Antisemitismus“, schrieb die deutsche Innenministerin Nancy Faeser auf X. Foto: Axel Heimken/AFP via Getty Images.

Von besonderer sicherheitspolitischer Sensibilität sind jedoch Aktivitäten gegen Gegner der Islamischen Republik auf europäischem Boden. Eine Recherche der WELT aus dem Jahr 2025 zeigte, dass das iranische Geheimdienstministerium versucht, in Deutschland lebende Regimegegner als Informanten zu gewinnen, indem Angehörige im Iran bedroht werden. Der National Council of Resistance of Iran dokumentierte allein für dieses Jahr 97 vergleichbare Fälle. Im August 2025 veröffentlichten Deutschland, Frankreich und weitere westliche Staaten eine gemeinsame Erklärung, in der sie ihre Besorgnis über die Zunahme von Entführungs- und Attentatsplänen iranischer Sicherheitsdienste in Europa und Nordamerika zum Ausdruck brachten. Bereits 2024 hatte Deutschland als Reaktion auf die Hinrichtung des deutsch-iranischen Staatsangehörigen Jamshid Sharmahd alle drei iranischen Generalkonsulate geschlossen.

Daraus ergibt sich ein grundlegender Zielkonflikt: Während sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Iran im Zuge einer möglichen Marktöffnung ausweiten könnten, bestehen die sicherheitspolitischen Bedenken deutscher Behörden nicht nur fort, sondern nehmen vielmehr zu. Vor diesem Hintergrund stellt sich eine zentrale strategische Frage: Kann ein Staat, der in den Einschätzungen deutscher Sicherheitsbehörden weiterhin als sicherheitspolitische Herausforderung gilt, zugleich zu einem langfristigen strategischen Partner der deutschen Wirtschaft werden?

Langfristige Investitionsrisiken

Selbst wenn die kurzfristigen wirtschaftlichen Chancen anerkannt werden, bleiben die langfristigen Risiken einer wirtschaftlichen Annäherung an Iran unter den gegenwärtigen politischen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen erheblich.

Erstens besteht die Möglichkeit einer Rückkehr von Sanktionen. Die Entwicklungen der vergangenen Monate haben gezeigt, dass dieses Risiko keineswegs nur theoretischer Natur ist. Im August 2025 lösten Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich den sogenannten Snapback-Mechanismus aus. Am 28. September 2025 traten die Sanktionen der Vereinten Nationen gegen Iran wieder in Kraft. Zweitens besteht das Risiko eines außenpolitischen Kurswechsels in den Vereinigten Staaten nach Trump. Vereinbarungen, die stark an eine einzelne Regierung gebunden sind, werden verwundbar, sobald diese Regierung abtritt. Drittens ist – wie bereits dargelegt – die inhärente Fragilität von Abkommen zu berücksichtigen, deren Bestand maßgeblich vom politischen Handeln einzelner Führungspersonlichkeiten abhängt.

Die deutlichste Lehre ergibt sich jedoch aus dem Jahr 2018. Als sich die Vereinigten Staaten aus dem JCPOA zurückzogen, verließen europäische Unternehmen Iran innerhalb weniger Monate. Total zog sich aus Phase 11 des South-Pars-Gasfelds zurück und stellte klar, dass das Unternehmen nicht zugleich an dem Projekt festhalten und den Zugang zu den US-Kapitalmärkten sowie zum US-Dollar bewahren könne. Siemens, Daimler, Peugeot, Maersk, OMV, Shell und Eni folgten demselben Weg – wie aus Berichten des Levy Institute und des Atlantic Council sowie aus den bei der US-Börsenaufsicht (SEC) eingereichten Unterlagen von Total hervorgeht.

Hinter diesem Kalkül stand die 2014 gegen BNP Paribas verhängte Geldstrafe in Höhe von 8,9 Milliarden US-Dollar. Dieser Fall führte allen europäischen Banken vor Augen, welchen Preis ein Verstoß gegen dollarbasierte Sanktionen haben kann. Auch die sogenannte Blocking-Verordnung der

Europäischen Union erwies sich – in den Worten des Atlantic Council – als ‚Tiger aus Papier‘. Jede Investition in Iran birgt heute das Risiko, dass sich dasselbe Szenario wiederholt.

Schlussfolgerungen und politische Einordnungen

Deutschland steht gegenwärtig vor zwei Realitäten zugleich. Einerseits bestehen reale und wirtschaftlich bedeutsame Chancen. Andererseits bleiben erhebliche und fortdauernde sicherheitspolitische sowie geopolitische Risiken bestehen. Der häufige politische Fehler besteht darin, die eine Realität zugunsten der anderen zu verkennen: entweder die Chancen so stark zu gewichten, dass die Risiken ausgeblendet werden, oder die Risiken so sehr in den Vordergrund zu rücken, dass die Chancen verloren gehen. Tragfähige Politik beginnt dort, wo beide Realitäten zugleich gesehen und in einem gemeinsamen strategischen Rahmen bearbeitet werden. Das bedeutet nicht, wirtschaftliches Engagement grundsätzlich abzulehnen. Es bedeutet vielmehr ein bedingtes, informiertes Engagement auf der Grundlage einer kontinuierlichen Risikobewertung.

Ein Waffenstillstand stellt für sich genommen noch keinen dauerhaften Frieden dar. Die wirtschaftlichen Chancen einer möglichen Annäherung sollten Deutschland daher nicht dazu verleiten, die fortbestehenden sicherheitspolitischen Risiken aus dem Blick zu verlieren. Deutschland ist gut beraten, jede Verringerung von Spannungen zu unterstützen, denn Deeskalation selbst liegt im europäischen Interesse: stabilere Energiemärkte, geringerer Migrationsdruck und ein reduziertes Risiko eines regionalen Krieges. Deutschland sollte Deeskalation jedoch nicht mit einer Wesensänderung der Islamischen Republik verwechseln.

Empfehlungen

1. Deeskalation sollte nicht mit einer vorschnellen Normalisierung gleichgesetzt werden. Die Unterstützung eines Waffenstillstands und die Verringerung des Kriegsrisikos entsprechen den europäischen Interessen. Die vorzeitige Gewährung staatlich abgesicherter Investitionsgarantien wie Hermesdeckungen würde jedoch vor überprüfbaren Verhaltensänderungen das finanzielle Risiko für europäische Steuerzahler erhöhen.
2. Europa sollte seine bestehenden Druckmittel wahren. Die Möglichkeit, Sanktionen wieder in Kraft zu setzen – einschließlich des ‚Snapback‘-Mechanismus – sowie die Einstufung der IRGC als Terrororganisation in der Europäischen Union stellen wichtige Druckmittel dar. Sie sollten nicht aufgegeben werden, bevor Europa im Gegenzug strukturelle und substanzielle Zugeständnisse erhält.



3. Eine wirtschaftliche Öffnung sollte an überprüfbare Veränderungen geknüpft werden, nicht an eine Unterschrift. Die Lehre aus dem JCPOA lautet, dass ein Abkommen auf dem Papier keinen Bestand hat, wenn sich die zugrunde liegende Logik des Konflikts nicht ändert.
4. Die Sorgfaltsprüfung von Geschäftspartnern muss streng sein. Angesichts der Dominanz der IRGC und der Stiftungen in der iranischen Wirtschaft sollte jede Transaktion eine Prüfung möglicher Verbindungen zum Sicherheitsapparat der Islamischen Republik umfassen. Europäisches Kapital darf den Unterdrückungsapparat nicht stärken.
5. Transnationale Repression sollte als Frage europäischer Souveränität behandelt werden. Drohungen und Spionage gegen die iranische Diaspora auf deutschem Boden sind Angriffe auf europäische Werte und die deutsche Souveränität. Darauf sollte entsprechend auf europäischer Ebene reagiert werden.
6. Die Energiediversifizierung sollte unabhängig vom Iran fortgesetzt werden. Europas Energiesicherheit darf nicht zur Geisel der Lage in der Straße von Hormus oder des Wohlwollens Teherans werden.

Wirtschaftliche Chancen

- €3,4 Mrd. Höchststand (2017)
- 31,8 % EU-Iran-Handel
- Energie, Maschinenbau, KMU
- Hormus-Stabilisierung
- Größter Automarkt Nahost

Bedingtes
Engagement

Sicherheitsrisiken

- IRGC: 30–50 % der Wirtschaft
- IZH-Verbot / Charming Kitten
- BaFin-Hochrisikoland 2025
- Snapback-Mechanismus
- Diaspora-Repression (97 Fälle)

Quellen:

- House of Commons Library, Israel/US–Iran Conflict 2026: Background and UK Response (CBP-10521), June 2026. <https://commonslibrary.parliament.uk/research-briefings/cbp-10521>
- Encyclopædia Britannica, “2026 Iran War” and “12-Day War.” <https://www.britannica.com/event/2026-Iran-war>, <https://www.britannica.com/event/12-Day-War>
- PBS News and CNN, field reports on the ceasefire and the situation in the Strait of Hormuz, June 2026. <https://www.pbs.org/newshour/world/israel-and-hezbollah-renew-ceasefire-after-u-s-and-iran-call-off-talks-over-fighting-in-lebanon>
- Al Jazeera, “Israel Pushes for War Amid US Ceasefire,” May 2026. <https://www.aljazeera.com/news/2026/5/21/israel-pushes-for-war-amid-us-ceasefire-but-its-options-may-be-limited>
- Auswärtiges Amt, Federal Foreign Office of Germany, Germany and the Islamic Republic of Iran: Bilateral Relations. <https://www.auswaertiges-amt.de/en/aussenpolitik/iran/218250>
- Euronews, “EU-Iran Trade: Which Countries Do the Most Business with Tehran,” March 2026; and Destatis/IndexBox data, 2025. <https://www.euronews.com/business/2026/03/22/europes-trade-with-iran-which-countries-do-the-most-business-with-tehran>
- Verfassungsschutzbericht Bayern 2024; and BfV reports on Iranian intelligence activities, as cited by InfoMigrants, Reuters, and The Jerusalem Post.
- Die Welt, investigation into pressure by Iran’s Ministry of Intelligence on dissidents in Germany, 2025. <https://www.iranintl.com/en/202512108632>
- The Record / Recorded Future News, BfV warning on Charming Kitten. <https://therecord.media/charming-kitten-iran-targets-dissidents-in-germany>
- Fortune, the Clingendael Institute, Janes, and CISES, on the economic role of the IRGC and Khatam al-Anbiya. <https://fortune.com/2026/03/02/iran-islamic-revolutionary-guard-irgc-business-empire-economy-us-israel-bombing/>
- Lowy Institute, Atlantic Council, and Total’s filings with the U.S. Securities and Exchange Commission, on the withdrawal of European companies from Iran after 2018. <https://www.lowyinstitute.org/the-interpreter/european-companies-driven-out-iran>
- Wikipedia, “International Sanctions Against Iran,” on the snapback mechanism, the FATF blacklist, and BaFin’s Iran warning. https://en.wikipedia.org/wiki/International_sanctions_against_Iran
- Theoretical framework: I. William Zartman, on “ripeness” and “mutually hurting stalemate”; Johan Galtung, on the distinction between “negative peace” and “positive peace.”

Eskalierende Krise im Iran

Deutsche Interessen im Schatten der Eskalation



www.irandiskurs.de



